

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1.40 M.,
bei vorwärts zahlbar. Postbezugs 4.20 M.,
einzeljährlich 50 Pf., Postgebühren- und
22 Pf. Postgebühren Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Frauenstimme“, „Lied“, „Bild in
die Böhmerwald“, „Jugend-Vormärts“
und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Manipulation
des Wiener „Kleinen Anzeiger“ des stä-
dtischen Wort 25 Pfennig (wichtig zur
Kampagne) jedes weitere Wort
12 Pfennig, Preisangabe des stä-
dtischen Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
7 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
12 Pfennig, Familienanzeigen 12 Pfennig,
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 1, wochentlich
von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 299-307 Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, 2. u. 3. Etage, -Geb., Postfach 11, Jerusalemstr. 65/66.

Preissenkung eine Täuschung?

Begreift die Reichsregierung, um was es geht?

Vorgestern Abend hat der Reichsernährungsminister Schiele im Namen der Reichsregierung bekanntgegeben, daß in Berlin der Brotpreis von 50 auf 46 Pfennig herabgesetzt, das Schweinefleisch um 5 Pfennig verbilligt und der Milchpreis um 1 Pfennig ermäßigt wird. 24 Stunden später sind alle diese Ankündigungen durch Erklärungen der beteiligten Interessenten und Organisationen so sehr in Zweifel gesetzt, daß von der angekündigten, ohnehin kaum fühlbaren Lebensmittelverbilligung fast nichts mehr übrig bleibt.

Die Tatsachen, die diese erste und das Ansehen der Reichsregierung schwer gefährdende Lage herbeigeführt haben, sind schwerwiegender Natur. Im gestrigen „Abend“ haben wir schon gemeldet, daß die Vereinigung der Brotfabrikanten Groß-Berlins nicht 4, sondern nur 2 Pfennig im Preise nachgeben, und zwar nur bedingt auf zwei Monate. Die Preise sollen also wieder erhöht werden, wenn die von Herrn Schiele versprochenen Kostensenkungen nicht eintreten.

Es kann unmöglich angenommen werden, daß Herr Schiele von diesen Ausnahmen und Vorbehalten der Brotfabrikanten nichts gewußt hat.

Auch die Brotpreisverbilligung bei den Bäckern beträgt tatsächlich nicht 4, sondern 3 Pfennig. Den Erklärungen ist nämlich der von den Annungen festgesetzte Richtpreis von 50 Pfennig zugrunde gelegt, während der tatsächlich bestehende durchschnittliche statistische Preis der privaten Brotbäckereien nur 49 Pfennig beträgt.

Die Senkung der Fleischpreise betraf sowieso nur das Schweinefleisch, nicht das Rind-, Kalb- und Hammelfleisch, auch nicht Wurst- und Räucherwaren, die im Haushalt der Massen eine besonders große Rolle spielen. Dennoch scheint festzustehen, daß die für den 11. November angekündigte Senkung der Preise um 5 Pfennig

zum größten Teil nicht durchgeführt worden

ist, trotz der ausdrücklichen Erklärung der Regierung und der Fleischer, daß die Ladenpreise herabgesetzt werden sollen. Dazu ist nachträglich von dem Beauftragten des Reichsernährungsministeriums eine merkwürdig anmutende Erklärung abgegeben worden. Die Fleischverbilligung sei so zu verstehen, daß die Spanne zwischen den Viehpreisen und dem Einzelverkauf um die fraglichen 5 Pfennig ermäßigt worden sei und daß die Senkung der Ladenpreise möglicherweise deshalb nicht eintrete, weil in der letzten Woche die Schweinepreise um 10 Mark gestiegen seien. Die Verbilligung sei so zu verstehen, daß eine Richtpreiserhöhung des Kleinverkaufspreises angesichts des Steigens der Schweinepreise erfolgen werde. Das bedeutet aber praktisch, daß die Ladenpreise tatsächlich nicht gesenkt werden und daß in allem Ernst von einer Irreführung der Öffentlichkeit gesprochen werden kann.

Auch die Fleischer selbst sind offenbar der Auffassung, daß sie die Preisentzug um 5 Pfennig gar nicht durchzuführen brauchen. In der Fleischerverbandszeitung heißt es ausdrücklich: „Dieser Schritt... bedeutet keine rechtliche Verpflichtung gegenüber dem behördlichen Partner, sondern nur eine moralische Bin-

dung... Der Beschluß sagt nicht etwa, daß von Stunde an der Preis für Schweinefleisch um den genannten Betrag herabgesetzt werden soll.“ In einer Erklärung des Bezirksvereins Berlin des Deutschen Fleischerverbandes wird hinzugefügt, daß keinerlei Richtpreise festgesetzt werden; es fehlt also auch jegliche Kontrolle über die Durchführung der Preisentzug, falls sie wirklich teilweise vorgenommen worden ist. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant, daß auf den gestrigen Berliner Viehmärkten

die Schweinepreise pro Zentner Lebendgewicht wieder um 5 Mark gesunken

sind und daß für die Fleischer, selbst wenn die Preise gesenkt würden, keinerlei Opfer vorliegt. Wie bei Brot und Fleisch, ist es auch bei der Milch. Der Verband des vereinigten Berliner Milchhandels sendet uns eine Erklärung, in der behauptet wird, daß die Preisspanne für den Milchhandel nicht 12, sondern nur 10,5 Pfennig beträgt. Die angekündigte Milchverbilligung um 1 Pfennig beruht aber auf der von Schiele angekündigten Verringerung der Preisspanne von 12 auf 11 Pfennig. Die Milchhändler berufen sich also darauf, daß die Verbilligung um 1 Pfennig gar nicht möglich ist. Die Melerei-Börse sagt, daß sie von der Preisentzug nichts wisse; ihr sei unbekannt, wer für sie verhandelt hat, und von der Stadtverordnetenversammlung hören wir, daß auch sie von der angekündigten Verbilligung nichts weiß.

Das Kabinett berät.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern unter Vorsitz des Reichsfinanzministers und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten mit Fragen der Preis- und Arbeitspolitik. Die weitere Förderung der auf eine umfassende Preisentzug gerichteten Tendenzen wurde einem Kabinettsausschuss anvertraut, der in dauernder enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen stehen wird.

Ferner wurden noch Fragen der Arbeitsverteilung, eines weiteren Schuljahres und der Zulassung von ausländischen Wanderarbeitern erörtert, über die noch Verhandlungen mit den Ländern geführt werden.

Brotpreisentzug im Konsum.

Die Konsumgenossenschaft Berlin hatte schon vor drei Wochen ihren Brotpreis um 2 Pfennig für das Dreifunddrot gesenkt. Der Konsumdrot ist, weiß, daß für den gleichen Preis ein größeres Gewicht und eine bessere Qualität geboten wird. Außerdem ist die vierprozentige Rückvergütung im Vergleich mit den Bäckereipreisen anzurechnen. Der Konsum hat zum Donnerstag eine

weitere Preisentzug um 2 Pfennig

beschlossen. In der Kartoffelversorgung hat die Konsumgenossenschaft Berlin als erste, wie gestern im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, bemerkenswert billige Preise bekanntgegeben.

Volksführer als Straffoldaten.

Ein Bericht aus Bresch-Litowsk.

Warschau, 11. November.

Der „Kraakauer W. Kurier“ veröffentlicht einen längeren Bericht seines Berichterstatters über dessen Eindrücke während eines Besuches in der Festung Bresch-Litowsk. Infolge eines Mißverständnisses wurde der Berichterstatter des Regierungsblattes nach einer regios durchgeführten Selbstinspektion

eine Stunde lang in einer Gefängniszelle

untergebracht, bei der Festungskommandant Oberst Bjernozki das Mißverständnis aufklärte und den Berichterstatter befreite.

Die Zelle war fünf Schritte lang und drei Schritte breit. Sie hatte am Fenster außer einem Eisengitter auch noch einen Blechkorb. In einer Ecke stand ein eisernes Bett mit einem Strohsack und einer Bettdecke.

Der Berichterstatter sah vier der verhafteten Abgeordneten, die zu je zwei aus einer Zelle kamen, um ihren halbständigen Spaziergang zu unternehmen.

Die Abgeordneten hatten geschorene Köpfe; sie waren ohne Kragen und ohne Schuhbänder. Als Cefürer erhalten die Gefangenen die Geschäfte der polnischen Armee.

Der Untersuchungsrichter Sowjetkommissar a. D. Demant hat den Verteidiger des verhafteten Sozialistenführers Dr. Hermann Siebermann aufgefordert, seinem Klienten eine Flucht-Be-

binde und größere Schuhe zu verschaffen. Bisher sind alle Sendungen wärmerer Kleidung usw. den Empfängern in den Kasematten nicht ausgefolgt worden. Aus dieser Bestellung für den ohnedies kranken Siebermann wird geschlossen, daß sein Zustand sich verschlechtert hat und die Kerkermeister sich ein Alibi verschaffen wollen.

Regierungskrise in Belgien.

Zwiespalt im Bürgerblod

Brüssel, 11. November. (Eigenbericht.)

Die Regierung Jaspar ist zurückgetreten. Obwohl es mit der Einigkeit der Regierung schon seit langem nicht weit her war, kam der plötzliche Sturz am Tage des Wiederzusammentretens der Kammer doch einigermaßen überraschend. Der Anlaß zu dem Regierungssturz ist der alte Streit um die Sprachfrage und besonders um die neue flämische Universität in Gent.

Dem Druck flämischer Kreise nachgebend hatte der liberale Unterrichtsminister Bauhuier vor einigen Tagen durch Ministerialerlaß den Professoren der neuen flämischen Universität in Gent verboten, gleichzeitig an der in derselben Stadt als Konkurrenz errichteten französischen freien Hochschule Vorlesungen zu halten. Gegen diesen Erlaß hat der Brüsseler liberale Parteiausschuss unter Führung des Oberbürgermeisters Mag. Scharfen Protest eingelegt und Zurücknahme des Erlasses gefordert. Bauhuier weigerte sich, dieser Aufforderung Folge zu leisten und legte sein Vorsetzwerk nieder. Seinem Beispiel folgten sofort alle Minister.

Die Gemeindewahlen in Baden

Ein Stimmungsbild nach der Reichstagswahl.

Von Gg. Reinhold-Mannheim.

Die im Jahre 1926 gewählten Gemeindevertretungen müssen in Baden am 16. November neu gewählt werden. Zusammen mit den Gemeindewahlen finden zugleich auch Neuwahlen für den Bezirksrat und die Kreisverwaltung statt. Diese Wahlen sind insofern über die Grenzen Badens hinaus von Bedeutung, weil es die ersten größeren Wahlen sind, die nach den Reichstagswahlen stattfinden. Man wird an dem Ergebnis dieser Wahlen abmessen, ob und in welcher Richtung sich ein Stimmungsumschwung bei der Wählerchaft vollzogen hat. Einen genauen Maßstab stellen die Gemeindewahlen in Baden allerdings nicht dar, weil bedauerlicherweise weitest Wählerkreise den Kommunalwahlen geringeres Interesse entgegenbringen. So beteiligten sich bei den Wahlen im Jahre 1926, von wenigen örtlichen Ausnahmen abgesehen, nur etwa 40 bis 45 Proz. der Wähler an den Wahlen. Dazu kommt, daß der Aufmarsch der Parteien in jedem Ort je nach dessen wirtschaftlicher Struktur ein anderer ist und auch die Stimmabgabe, insbesondere in kleineren Orten, stark persönlich durch die Kandidatenliste beeinflusst wird. Die Gemeindewahlen insgesamt ergeben also keine so klare tendenzielle Entscheidung wie die Reichstagswahlen. Immerhin dürfte aber das Stimmabgabenergebnis in den größeren und größten Städten Badens ein ziemlich verlässliches Stimmungsbild darstellen.

Der jetzt im Gange befindliche Wahlkampf bringt zunächst die etwas überraschende Tatsache, daß die politische Leidenschaft nicht im engersten Maße bei der Reichstagswahl heranreicht. Trotz der gespannten Lage im Reich muß allseits eine größere politische Gleichgültigkeit weitest Wählermassen festgestellt werden, als sie der allgemeinen Situation entspricht. Das will immerhin etwas heißen, wenn man bedenkt, daß auch bei den Gemeindewahlen die gleichen skrupellosen Gegner, die Nazis und die Kommunisten, vorhanden sind wie bei den Reichstagswahlen, und daß beide mit den gleichen schädlichen Mitteln die öffentliche Wahlpropaganda betreiben. Trotz alledem ist der Zug diesmal nicht so stark, und so ist auch bei den diesjährigen Gemeindewahlen zu erwarten, daß die Wahlbeteiligung, gemessen an der Reichstagswahl, eine wesentlich schwächere sein wird.

Die Gemeindewahlen in Baden sind durch das in der badischen Gemeindevverwaltung eingeführte Zweikammersystem etwas kompliziert. Da mit den Gemeindewahlen zugleich Bezirksrats- und Kreiswahlen vollzogen werden, müssen die Wähler in Gemeinden unter 4000 Einwohnern vier Stimmzettel abgeben. In den übrigen Gemeinden geht es mit drei Stimmzetteln, doch werden hier nach den Gemeindewahlen die Stadträte in einem gesonderten Wahlgang gewählt. Um etwas Ordnung in die Stimmabgabe hineinzubringen, sah der Wahlgesetzgeber sich gezwungen, farbige Stimmzettel einzuführen. Es gibt also in Baden weiße, rote und blaue Stimmzettel. Ebenso kompliziert gestaltete sich die Aufstellung der Wahlvorschlagslisten. Ergaben schon die in einzelnen Wahlkreisen bei der Reichstagswahl eingereichten Wahlvorschläge ein recht buntes Bild, so wird bei den Gemeindewahlen die Sache noch vielfarbiger. Neue Parteien schießen in den einzelnen Orten wie Pilze aus dem Boden. „Weistadtpartei“, „Bürgervereinigung von 1930“, „Erste Deutsche Erwerbslosenpartei“, „Vereinigte bürgerliche Parteien“. Dies sind nur einige wenige Nennungen aus der bunten Serie der Wahlvorschläge. Deren Zahl schwankt in den einzelnen Orten zwischen drei und vierzehn Vorschlägen. Aber auch die politischen Parteien werden stark durcheinander gerüttelt. Die in den einzelnen Orten abgeschlossenen Wahlkompromisse einzelner Parteien lassen eine klarere, programmatische Einstellung nicht mehr erkennen. In dem einen Ort gehen sämtliche bürgerliche Parteien in einem geschlossenen Wahlvorschlag gegen die Sozialdemokratie vor. In dem anderen Ort haben sich Nationalsozialisten, Demokraten, Volksparteier und Deutschnationale zusammengesetzt. So findet man die verschiedenartigsten Parteienverbindungen. Die einzigen Parteien, die ohne Kompromisse in den Wahlkampf eintreten, sind wohl die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Besonders interessant ist das Verhalten der Nationalsozialisten. Die Nazis, die bei der Reichstagswahl auch in Baden einen starken Wahlerfolg zu verzeichnen hatten, sind nicht imstande, in allen Orten mit eigenen Wahlvorschlägen aufzutreten. Sie bringen in einer großen Anzahl von Gemeinden die Kandidaten nicht auf, obwohl in manchen Ort viele Hunderte von Stimmen für die Nationalsozialistische Partei abgegeben worden sind. Für die heimliche Abgabe eines nationalsozialistischen Stimmzettels brachte das Spielbürger- und Beamtentum den Mut auf. Das sah ja niemand und es kostete auch nichts. Anders ist aber das öffentliche Hervortreten als Kandidat. Hierfür reichte der Mut nicht mehr aus. Die Nationalsozialisten sahen sich so gezwungen, nicht nur mit anderen bürgerlichen Parteien

Wahlkompromisse eingehen, sondern sie mußten, genötigt durch die Feigheit ihrer Anhängerschaft, auch auf die Aufstellung eigener Listen in einer großen Anzahl von Orten verzichten. Die revolutionäre Kraft für die Errichtung des dritten Reiches scheint also nicht beachtenswert zu sein.

Die Wahlsichten für die einzelnen Parteien abzuschätzen, ist aus den oben bereits angeführten Gründen sehr schwer. Zunächst werden die Nationalsozialisten einen hundertprozentigen Sieg erringen, auch wenn sie in den einzelnen Orten weiter hinter den Wahlsiegern der Reichstagswahl zurückbleiben, weil sie bis jetzt, von zwei Ausnahmen abgesehen, nirgends in der Gemeinde vertreten waren. Sie werden sich also nach den Wahlen bezüglich der in den einzelnen Gemeinden errungenen Positionen in ihrem Freudspruch keinerlei Hemmungen aufzuerlegen brauchen. Daß die Nazis in dem Gemeindevahlkampf sich der gleichen schmutzigen Mittel der Ehrabschneidung und der Verleumdung bedienen, wie in Reichstagswahlkampf, bedarf wohl keines besonderen Nachweises. Getreulich in den Frustapfen der Nazis wandeln die Kommunisten. Zwar fordern die einen das dritte Reich, die anderen die Sowjetunion als Staatsform, in den Wahlmitteln sind aber beide völlig übereinstimmend. Die Kommunisten stützen sich insbesondere auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die in den Industriestädten in Baden vorhandene riesige Arbeitslosigkeit. Da sie auf den Rathhäusern die praktische Arbeit wie überall den Sozialdemokraten überlassen haben und sich mit demonstrativer Politik begnügten, haben sie ja keinerlei Hemmungen und können alles das, was in mühsamer Arbeit für die in Rot Geratenen aufgebaut worden ist, als völlig ungenügend herunterreißen.

Das Zentrum dürfte wohl in den meisten Orten sich behaupten können, da bei ihm die religiöse Beeinflussung ein außerordentlich gut wirkendes Propagandamittel abgibt. Schlechter ergehen dürfte es den Demokraten, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. Zunächst hat man versucht, für ganz Baden ein Wahlabkommen für die liberalen Parteien zu schließen. Der Plan erwies sich jedoch als undurchführbar. Trotzdem ist es in einer recht großen Zahl von Gemeinden zu Wahlverbindungen zwischen den liberalen Parteien gekommen. Schon die Tatsache, daß solche Verbindungen mit Energie gesucht wurden, beweist die Schwäche der sogenannten liberalen Parteien. Sie werden wohl allorts nicht mehr in derselben Stärke auf die Rathhäuser zurückkehren, die sie bisher hatten, und damit dürfte die liberale Ära der Vorkriegsjahre in Baden auch für die Gemeindepolitik endgültig abgeschlossen sein. Die Befreiung des Dreiklassenwahlrechts in der Gemeinde im November 1918 brachte auch den Sturz aller liberalen Machtpositionen auf den Rathhäusern mit sich.

Die Sozialdemokratie sieht sich dem Ansturm aller Parteien gegenüber. Mit einem geradezu sonatistischen Haß kämpfen die Gegner gegen uns. Um ihrem geschlossenen Verleumdungsfeldzug zu begegnen, hat die Partei alle Mittel eingesetzt. Entsprechend dem überwiegend ländlichen Charakter des Landes ist die Sozialdemokratie unter den 1400 Gemeinden nur in rund 350 Gemeinden an den Gemeindevahlen beteiligt. Es wird also das Stimmenergebnis für die Sozialdemokratie nur ein Teilergebnis aus dem Gesamtwahlkampf ergeben. Dies trifft übrigens auch für alle anderen politischen Parteien zu, da Wahlvorschläge ja nur in jenen Orten eingereicht werden können, wo Parteiorganisationen existieren, oder eine gute Fühlung mit Parteivertrauensleuten vorhanden ist. Trotz dem ländlichen Charakter war die Vertretung der Sozialdemokratie in den Gemeinden verhältnismäßig stark. Die Partei zählte 3634 Gemeinde- und Stadtverordnete sowie 656 Gemeinde- und Stadträte. Im Bezirksrat war sie vertreten mit 71 Mitgliedern und in der Kreisverwaltung mit 84 Kreisverordneten und 22 Kreisräten. Sie war in der Gemeindevahlvertretung einer großen Anzahl von Orten die stärkste Partei, hatte in einzelnen Orten sogar die Mehrheit und war in der Kreisverwaltung sowie im Bezirksrat die zweitstärkste Partei und rangierte gleich nach dem Zentrum. Die verhältnismäßig starke Vertretung der Partei, insbesondere in den Industriestädten, brachte zwangsläufig auch eine außerordentlich starke Verantwortung und damit politische Belastung mit sich. Diese Tatsache erschwerte naturgemäß den Vorstoß der Partei außerordentlich stark.

Trotz alledem kann zu der bevorstehenden Wahl heute schon gesagt werden, daß die Partei den Kampf in Ehren bestehen wird. Das Ergebnis der Gemeindevahl in Baden wird wohl zeigen, daß die zersetzenden Kräfte auf der extremen Rechten und Linken zwar noch außerordentlich stark sind, die Stellung der Sozialdemokratie aber trotz alledem nicht erschüttern können.

Die richs Kürzungsprogramm.

Beamtengehälter abgebaut — bis zum Jahre 1934.

Das Reichskabinett verabschiedete in einer Abend-sitzung am Dienstag den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichsrat unverzüglich zugehen wird.

Im Rahmen des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung spielt die Kürzung der Beamtengehälter eine wichtige Rolle. Ursprünglich hatte die Regierung geplant, die jetzige Reichshilfe der Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften nur bis zum 31. März 1931 zu erhöhen und von da ab wieder die Gehälter ungeschmälert auszugeben. Im Hinblick auf die bedrohliche Entwicklung der Finanzlage glaubt aber die Regierung, diesen Plan lassen zu müssen, und schlägt vor, vom 1. April 1931 ab die

2½-prozentige Reichshilfe in eine 6-prozentige umzuwandeln.

Der Entwurf eines Gehaltsgesetzes liegt zur Zeit dem Reichsrat vor. Er umfaßt nur die Reichsbeamten einschließlich der Soldaten. Neben den Gehältern werden von der Kürzung auch die Wartegelder und Pensionen, die Hinterbliebenenbezüge und die Verbindungen der Soldaten erfaßt. Geplant werden neben den Grundgehältern auch die Wohnungsgeldzuschüsse und die örtlichen Sonderzuschüsse. Ausgenommen von der Kürzung sind nur die Dienstauswärtenszuschüsse und die Kinderzuschüsse. Die Kürzung von 6 Prozent trifft bei allen Beamten ein, die mehr als 1500 Mark jährlich verdienen. Liebersteigt das Jahreseinkommen diesen Betrag, so ist das Gesamteinkommen, nicht nur der überschüssende Betrag, der Kürzung zugrunde zu legen.

Fried als Kläger.

Für 50 Mark kann man ihn Putschist nennen.

Jena, 11. November. (Eigenbericht.)

Das sächsische Schöffengericht in Jena verhandelte am Dienstag auf Antrag des Nazi-Ministers Fried einen Beseidigungsprozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Felix Rohmann in Jena, der zum Tode des sozialdemokratischen Landrats Böhme in Altenburg unter dem Titel „Todesopfer der Friedhege!“ geschrieben hatte, Böhme sei nicht zuletzt ein Opfer des Hoffes und der Vernichtungsstucht seiner politischen Gegner geworden. Ferner waren zwei Briefe des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion abgedruckt, in denen von dem „Putschisten“ Fried die Rede war.

Die Beweisaufnahme in dem Prozeß ergab einwandfrei, daß Landrat Böhme telegraphisch nach Weimar befristet worden ist, wunschgemäß auch um fünf Uhr nachmittags eintraf und ihm gegen Quittung von einem Beamten gegen sieben Uhr die Urkunde über seine Befreiung in den Wartestand überreicht wurde, obwohl der Altenburger Kreisrat und der Gemeindevorstand einstimmig gegen den Abbau protestiert hatten und auch die bürgerliche Presse die vorbildliche Tätigkeit des Genossen Böhme eindeutig festgestellt hatte. Auf der Heimfahrt hat Böhme infolge der Aufregung, in der er sich befand, einen leichten Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht erholt, so daß er am 8. Juli einem zweiten Schlaganfall erlag. Der Arzt, der Landrat Böhme behandelt hatte, unterstrich als Zeuge und Sachverständiger, daß der schnelle Tod des Genossen Böhme durchaus in ursächlichem Zusammenhang mit der vorhergehenden Aufregung stehen könne. Die Verteidigung wies die Ungeheuerlichkeit der Handlungsweise der Thüringer Regierung nach und Genosse Rohmann führte u. a. den Ausspruch Frieds an: mit Morgisten gebe es kein Paktieren, mit Verbrechern gebe es keine Auseinandersetzung, sondern nur den Knack out.

Die Thüringer Regierung hatte es vorgezogen, ihre Handlungsweise nicht zu verteidigen. Daraus gab sie, trotz der Aufforderung des Gerichts, dem als Zeuge in Frage kommenden Ministerialbeamten nicht die Aussagegenehmigung und erteilte auch ihre Zustimmung zur Verwendung amtlicher Schriftstücke in dem Verfahren nicht.

Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Haltung der Thüringer Regierung eine Nachprüfung, ob der Abbau des Landrats ungeheuerlich sei, dem Gericht ebensowenig ermöglicht habe wie eine Untersuchung, ob man den Landrat Böhme unwürdig behandelt habe. Formale Beseidigungen enthalte der Artikel des Genossen Rohmann nicht. Er habe auch im Sinne des Gesetzes in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Dieselben Gesichtspunkte gelten für die beiden Briefe des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion, doch seien die Bemerkungen Putschist Fried und Faschistengruß formale Beseidigungen, wegen denen eine Verurteilung erfolgen müsse.

Fried entdeckt eine Verschwörung.

Heusuchung beim Reichsbanner in Weimar.

Weimar, 11. November.

Bei dem Gaugeschäftsführer des Reichsbanners, Dr. Diegel, wurde heute gehausucht. Diegel wird „Beschuldigt“, einen Fragebogen verfaßt zu haben, der sich mit den Verhältnissen der Thüringer Schutzpolizei beschäftigt; er soll versucht haben, einen im Amte befindlichen Obersekretär zur Beantwortung seiner Fragen zu ver-

Neben der allgemeinen Gehaltskürzung trifft der Gehaltentwurf Bestimmungen über die Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsministers. Und zwar soll hier das Gehalt sowie das Ubergangsgeld für die ersten drei Monate um 20 Prozent gekürzt werden. Dasselbe Kürzung sollen auch die Aufwandsentschädigungen der Reichstagsabgeordneten erfahren. — Das ganze Gesetz soll bis zum 31. März 1934 befristet sein.

Die Begründung zum Gehaltentwurf bezeichnet die Gehaltskürzung als einen Teil der von der Regierung für 1931 geplanten

Ausgabenkürzung um 1 Milliarde.

Die Gehälter, Pensionen usw. der Reichsbeamten, der Soldaten und der Beamten der Reichspost betragen jährlich 2,3 Milliarden, so daß die Regierung aus der sechsprozentigen Kürzung eine jährliche Ersparnis von 110 Millionen erwartet. Die Kürzung der Gehälter bei der Reichspost soll dem Reiche mittelbar dadurch zugute kommen, daß die Post dem Reich mehr als bisher von ihren Einnahmen absetzt. Dagegen soll die Reichsbahn die gekürzte Summe für sich selbst verbrauchen.

Hinsichtlich der Rechtslage vertritt die Regierung die Auffassung, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd ist. Zwar gehört nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts auch das Gehalt zu den wohlverordneten Rechten der Beamten, aber in § 39 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Gehälter usw. durch einfaches Gesetz geändert werden können.

Schließlich kündigt die Regierung noch an, daß die

gleichen Kürzungen auch bei den Beamten der Länder und Gemeinden

eintreten sollen und daß auch an den Bezügen der Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Körperschaften nicht vorübergegangen werden könne. Für die Beamten der Länder und Gemeinden ist die Gehaltskürzung zusammen mit anderen Vorschriften in einem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Personalauswandes in der öffentlichen Verwaltung verpackt, der ebenfalls den Reichsrat beschäftigt, und gesondelter Betrachtung bedarf.

Die Gehaltskürzung der Beamten wird im Reichstag zu den besonders umstrittenen Problemen gehören. Vor allem über das Ausmaß der Kürzung und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens wird der Streit entbrennen. Ob eine Kürzung der Beamtengehälter in dem von der Regierung vorgeschlagenen Maße erforderlich ist, muß die restlose Klärung der Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden ergeben. Die Regierung hat bisher nur zugestanden, daß im Reich ein neuer Milliardenbetrag entstanden ist. Sie hat sich aber darüber ausgesprochen, wie die Dinge bei den Ländern und bei den Gemeinden liegen.

anlassen. Gegen den Obersekretär wurde nach sofortiger Anwesenheit ein Dienststrafverfahren eingeleitet.

Den Zweck dieser Haupt- und Staatsaktion erfüllte die Thüringer Regierung selbst, indem sie erklärte, nun sei erwiesen, daß der Reichsinnenminister falsches Material vom Reichsbanner erhalten habe.

Also wieder einmal die verfolgte Unschuld! Und die wahren Bösewichter sitzen im Reichsbanner!

Es handelt sich um eine recht ungeschickte Entloftungsoffenstude, die außerhalb der interessierten Kreise Thüringens nirgendwo auch nur den geringsten Eindruck machen wird.

Ludendorff wird Nazifist.

Er zerplückt den nationalsozialistischen Schwindel.

Am 8. November 1933 ließ sich Ludendorff von Hitler zum Reichswehrminister ernennen, mit der Perspektive auf einen früh-frühlichen Krieg gegen Frankreich. Sieben Jahre nach diesem denkwürdigen Tag veröffentlicht Ludendorff eine Broschüre mit dem Titel: „Weltkrieg droht!“ in der er seine Ansichten über den wahrscheinlichsten Ausgang eines neuen Weltkrieges darlegt. Am 1. Mai 1932 bricht der neue Krieg aus. Auf der einen Seite kämpfen Frankreich, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien, auf der anderen Seite Deutschland, Oesterreich, Ungarn, England und Sowjetrußland. Die französische Truppe siegt rasch und gründlich, Deutschland bildet das Schlachtfeld, seine Städte gehen unter in juchzenden Luftangriffen. Um die Verpflegung der Kämpfer kümmert sich niemand, die jungen Leute aus Deutschland werden als Kanonenfutter nach England oder Oberitalien verfrachtet und gehen massenhaft zugrunde. Schon nach wenigen Wochen ist der Krieg entschieden, Deutschland ist vernichtet. Ludendorff schildert das Schicksal von Berlin: „Kraut herrscht in den Straßen Berlins und der umliegenden Städte. Niemand kann Verpflegung schaffen. Tschechischer Landsturm umspannt die Stadt und weiß kaltherzig alle Flüchtenden in die Stadt zurück. Die Bevölkerung Berlins stirbt, mit den Kindern begann es wie überall. Was die Deutschen an Kultur geschaffen haben, ist vernichtet oder verfallt. Die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges sind überboten.“

Die Nationalsozialisten haben trotz allem Ludendorff bisher immer noch als militärischen Fachmann angesehen. Nachdem er ihre Phantasien von einem kommenden Befreiungskrieg so zerlegt hat, werden sie ihn jetzt wahrscheinlich als Karren bezeichnen. Als er wirklich ein Narr war, haben sie ihm zugejubelt, jetzt, wo er einen klaren Augenblick hat, werden sie wahrscheinlich voll Haß und Ekel über ihn herfallen.

Was ist ein Kaufbold?

Wer dies nicht weiß, dem empfehlen wir folgende Notiz der „Deutschen Zeitung“ vom 11. November zum Studium:

Jüdische Kaufbolde an der Wiener Hochschule.

In der Hochschule für Rechtswissenschaften in Wien kam es zu Streitigkeiten zwischen jüdischen und nichtjüdischen Studenten, die schließlich zum Verlassen der Hörsäle gezwungen wurden. Dabei kam es zu einer Schlägerei, wobei 7 jüdische Studenten verletzt wurden. Für Dienstag wurde infolge dieser Vorfälle vom Rektorat Legitimationszettel angeordnet.

Nun ist es klar: wer von einer Liebermacht hofenkreuzlerischen Terroristen aus dem Hörsaal gedrängt wird, in dem zu verweilen er berechtigt ist, wer dann überdreht, weil er sich dem Unrecht widersetzt, verprügelt und verletzt wird — der ist ein Kaufbold!

Das Urteil gegen Adam.

Reichswehrmusikmeister als Spion.

Leipzig, 11. November.

In dem Spionageprozeß gegen den Obermusikmeister beim Reichswehr-Artillerie-Regiment in Minden, Peter Adam und seine Ehefrau, wurde öffentlich verhandelt, soweit die Personalien in Frage kamen. Adam, der seine Jugend in Kiro a. d. Rabe verbracht hat, trat im Jahre 1900 in das Feldartillerie-Regiment 70 in Reg. ein. Nach achthjähriger Dienstzeit wurde er Musikmeister; 1912 kam er zum Feldartillerie-Regiment 3 in Brandenburg. Nach dem Kriege wurde er von der Reichswehr übernommen, und zwar zunächst als überzähliger Musikmeister in Verden. Im Juni 1924 wurde er etatsmäßiger Musikmeister beim Artillerie-Regiment 6 in Minden, wo er am 1. September 1925 zum Obermusikmeister befördert wurde. Seit dem 18. März 1911 ist er verheiratet. Seine Ehefrau ist aus Reusdorf a. d. Hoardt gebürtig und lebte bis zu ihrer Verheiratung bei ihren Eltern in Reg. Adam kam bereits in die Ehe mit einer Schuldenlast von 5000 Mark, die durch den Aufenthalt auf der Musikhochschule in Berlin entstanden waren. Nach dem Kriege waren die Eheleute schuldenfrei. Seit 1921 gerieten sie aber wiederum in Schulden, so daß Ende 1928 diese auf 13000 Mark angewachsen waren. In Gehalt bezog Adam zuletzt einschließlich Zulagen 462 Mark monatlich; dazu kamen aber erhebliche Nebeneinkünfte, die sich im Jahre 1929 auf mehr als 2800 M. beliefen. Trotzdem geriet er infolge der großen Schulden (so in Rot, daß er Ende 1928 die Verbindungen aufnahm, die zur Anlage geführt haben. Für die Erörterung dieser Dinge wurde die Öffentlichkeit im Interesse der Staatsicherheit ausgeschlossen.

Das im letzten Abend gefällte Urteil lautet gegen den Ehemann Adam zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen die Ehefrau Maria Adam fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust. In vier Monate drei Wochen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt, 12000 M. empfangene Spionagedelder und photographischer Apparat werden eingezogen.

Noch ein Schiedspruch.

Keine Entschädigung für die „Baden“-Passagiere!

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Das brasilianische Schiedsgericht, das den Fall des deutschen Dampfers „Baden“ zu untersuchen hatte, sprach die brasilianischen Vorkaufsbehörden von jeder Schuld frei, weil der Kommandant der „Baden“ die ihm gewordenen offiziellen Instruktionen nicht beachtet habe.

Das finnische Ausnahmegericht gegen Kommunisten hat der neue Reichstag mit 132 gegen 66 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

„Kollege Jorns.“

Vergleichsverhandlungen nach altem Aufwand!

Im Jorns-Prozess ist eine ungewöhnliche Wendung eingetreten. Auf Antrag des Vertreters des Nebenklägers wurde der im Gerichtsamt anwesende Journalist Berthold Salomon als Zeuge über die Verfälschung des inkriminierten Artikels vernommen.

Salomon gab zu, daß er der Verfasser des im „Tagebuch“ erschienenen Artikels „Kollege Jorns“ sei, der den Gegenstand des Prozesses bildet. Er habe diesen Artikel geschrieben, nachdem er im März 1928 vor dem Reichsgericht unter der Anklage des Landesverrats gestanden habe und dabei die Tätigkeit des Anklagevertreters Reichsanwalts Jorns beobachtet konnte. In dem Artikel sei er nicht durch persönliches Rachegefühl veranlaßt worden, sondern durch die Erkenntnis, daß Jorns nach seinem ganzen Auftreten und noch der von ihm angewandten Terminologie im politischen Lager der Böslichen oder Deutschnationalen stehe und aus dieser Gesinnung heraus auch beim Verfahren Liebknecht-Zugewandlung bestrebt gewesen sei, den ihm gesinnungsverwandten Mördern zu helfen. Der Artikel habe allerdings den Zweck verfolgt, Jorns aus seiner Stellung beim Reichsgericht zu befähigen, da er für diese Stellung in keiner Weise qualifiziert sei.

Vom Vertreter des Nebenklägers wurde Salomon entgegengehalten, daß er in seinem Artikel „Kollege“ Jorns den Anschein erweckt habe, als sei der Verfasser ein Kollege des Reichsanwalts Jorns, als habe also ein Mitglied des Reichsgerichts ein so vernichtendes Urteil über die Qualifikation von Jorns gefällt.

Salomon erwiderte, dieses ungünstige Urteil über die juristischen Qualitäten von Jorns sei tatsächlich von einem heute noch aktiven Mitglied des Reichsgerichts geäußert worden. Er lehnte es aber ab, den Namen dieses Mitgliedes zu nennen.

Der Angeklagte, Redakteur Bornstein, der dann vernommen wurde, erklärte, er könne sich der Erklärung Salomons über die Tendenz des Artikels nicht in allen Punkten anschließen. Er habe bei der Aufnahme des Artikels nicht so weit gehen wollen, Jorns vorzumwerfen, daß er bewußt die Liebknecht-Mörder begünstigen, also ein mit schwerer Strafe bedrohtes Verbrechen begehen wolle, er habe nur sagen wollen, daß die ungenügenden juristischen Qualitäten von Jorns ihn ungeeignet zum Reichsanwalt machten und daß dieser Rang an juristischen Qualitäten sich deutlich gezeigt habe bei der Voruntersuchung im Falle Liebknecht-Zugewandlung.

Oberstaatsanwalt Köhler regte an, bei dieser Sachlage die Erledigung des Verfahrens durch einen Vergleich zu versuchen. Der Angeklagte Bornstein und Justizrat Löwenstein als Vertreter von Jorns erklärten ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Vergleichsverhandlungen. Am Mittwoch sollen solche Verhandlungen unter Teilnahme des Oberstaatsanwalts stattfinden.

Starhemberg bleibt.

Minister bis zum Mißtrauensvotum.

Wien, 11. November. (Eigenbericht.)

Wahrscheinlich werden erst in der nächsten Woche die Verhandlungen über die Mehrheitsbildung beginnen. Dadurch dürfte auch die Einberufung des Parlaments eine Verzögerung erfahren. Das christlichsozialen „Neuzeitungsblatt“ meint, daß bis dahin die gegenwärtige Regierung im Amt bleiben werde. Gegenüber den Versuchen, für ein Zusammengehen der christlichsozialen mit den Heimwehr-Abgeordneten Stimmung zu machen, erklärt das Blatt, daß das keine Lösung wäre, da auch damit keine Mehrheit geschaffen würde. Uebrigens habe sich ein

großer Teil der antimilitarischen Wähler für eine Politik der Mille ausgeprochen und die Christlichsozialen müßten dieser Stimmung Rechnung tragen.

Ob überhaupt ein enges Zusammengehen mit dem Heimatblock möglich wäre, sei von vornherein nicht zu bezweifeln. Man müsse da vornehmlich die Stimmung der christlichsozialen Abgeordneten aus den Ländern hören, die den Kampf des Heimatblocks gegen die christlichsozialen Front schwer zu führen bekämen. Dem Heimatblock käme eigentlich die Rolle einer radikalen Rechtsopposition zu. Aus der Heimwehr erfährt das Blatt, daß diese als erste Bedingung der parlamentarischen Mitarbeit die Befreiung der beiden Heimwehrminister ansieht. Die in Niederösterreich auf der christlichsozialen Liste gewählten Heimwehrleute dürften sich nicht der Heimwehrfraktion anschließen, sondern in der christlichsozialen Partei bleiben.

Der Waffenstillstandstag.

Feiern und Friedensreden.

Präsident Hoover sprach am Waffenstillstandstag vor dem Reichstag für internationale Freundschaft. Er legte sich für alle Völker umfassende, den Krieg ausschließende Verträge ein und kündigte an,

die USA-Regierung werde, ohne vorher den Charakter ihrer Maßnahmen verbindlich festzulegen, vordem ihre Hilfe anbieten, falls die Völker ihrer Verpflichtung, ausgebrochene Streitigkeiten friedlich zu regeln, nicht nachkommen sollten.

Amerika werde ohne Gewalt von der Möglichkeit Gebrauch machen, durch freundschaftliche Vermittlung für die Erhaltung des Weltfriedens zu arbeiten.

Im ganzen britischen Weltreich ruhte das ganze öffentliche Leben zehn Minuten zum Andenken an die Millionen Kriegesopfer.

In Paris wurde der Tag mit militärischem Gepränge gefeiert. Schon am frühen Morgen donnerten die Kanonen. Ununterbrochenes Spiel wurden die Fahnen der aufgelösten Kriegesregimenter aus dem Invalidendamm zur Parade vor dem Triumphbogen abgeholt. Um 11 Uhr erklang der Präsident der Republik, die hohe Generalität und die öffentlichen Persönlichkeiten vor dem Grab des unbekanntem Soldaten, um die Parade der Garnison abzuschließen. Dabei defilierten zum erstenmal auch die „motorisierten Dragoner“, die ihre Pferde durch Motorräder mit und ohne Beiwagen ersetzt hatten. Im

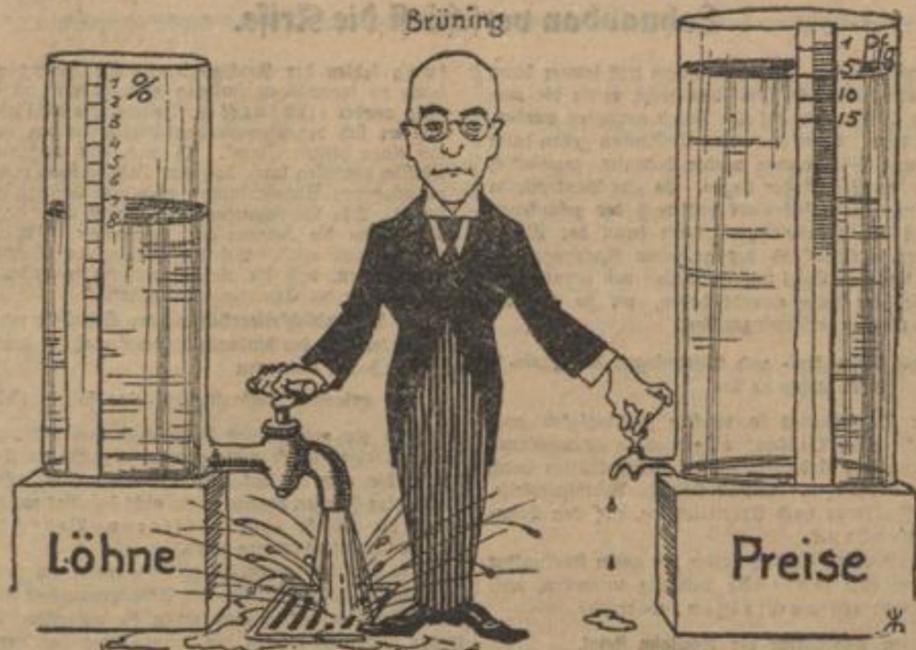
Vorbereitenden Abrüstungsausschuß des Völkerbundes in Genf

unterbrach der Vorsitzende London um 11 Uhr die Verhandlung, um die Mitglieder aufzufordern, allen Tönen des Weltkrieges eine Minute andächtigen Schweigens zu widmen. Die Teilnehmer erhoben sich und verharren ungefähr eine Minute schweigend.

Der USA-Kongress hat nach dem Endergebnis folgende Zusammensetzung: Senat: Republikaner 48, Demokraten 47, Farmer und Arbeiterpartei 1, Repräsentantenhaus: Republikaner 219, Demokraten 218, Farmer- und Arbeiterpartei 1.

Lohnsenkung — Preissenkung.

Brüning



„Das richtige Verhältnis macht's!“

Der große Moskauer Prozeß.

Behauptungen der Anklage.

Moskau, 11. November. (Sowjet-Agentur.)

Die von dem Staatsanwalt der Republik Argjento unterzeichnete Anklageschrift in Sachen der konterrevolutionären Organisation „Industriepartei“ wurde veröffentlicht. Angeklagt sind die Professoren Kamsin, Kalinnikow, Parischew, Tschernowost, Fedotow, Kuprionow, Dschin und Siltin. Am Schluß der Anklage heißt es: Die Genannten traten zu verschiedenen Zeitpunkten den Schädigungsorganisationen in einzelnen Industriezweigen bei, zu dem Zweck, durch die Anwendung der verschiedensten Schädigungsformen dem Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion möglichst großen Schaden zuzufügen, so

die Stellung der Sowjetregierung zu untergraben und die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie zu erleichtern.

Die Angeklagten trieben Jahre hindurch diese Schädlingstätigkeit und vereinigten sich auf Initiative des wegen der Beteiligung an einer gegenrevolutionären Organisation und wegen organisierter Sabotage erschossenen Paskitschki und des ebenfalls aus gleichem Grunde verurteilten Kabinowitsch zu einer einheitlichen Organisation, die sie „Ingenieurtechnisches Zentrum“ nannten. Zweck dieser Gründung war eine systematische und planmäßige Leitung der Sabotage in allen Industriezweigen.

Die Angeklagten überzeugten sich jedoch später auf Grund der wachsenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus von der Fruchtlosigkeit ihrer Versuche, diesen Aufbau zu hemmen und ausschließlich mit Hilfe des Schädlingselements die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Bourgeoisie wieder herzustellen; sie kamen zu der Ueberzeugung, daß es notwendig sei,

die Sowjetregierung mit bewaffneter Hand zu stürzen und die kapitalistische Ordnung auf gewalttätigem Wege wiederherzustellen.

Zu diesem Zweck wandelten sie ihre Organisation zu einer politischen Partei unter der Bezeichnung „Industriepartei“ um und ermittelten ihr Arbeitsfeld, indem sie die Verbindung mit anderen gegenrevolutionären Organisationen aufnahmen und gemeinsam mit ihnen vorgingen, unter anderem mit einer damals entstandenen konterrevolutionären Gruppe Kondratjew, Tschjanow. Die Letzteren übernahmen die Leitung dieser Industriepartei, in deren Zentralkomitee sie eintraten.

Die Angeklagten überzeugten sich später von der Unmöglichkeit, einen bewaffneten Aufstand zum Sturz der Sowjetregierung zu organisieren und zur Wiederherstellung des Kapitalismus ohne Beistand von außen. Deswegen traten sie mit einer jenseits der Grenze entstandenen Vereinigung von im Ausland gestülpten Volksfeinden, sprich ehemaligen Besitzern nationalisierter Betriebe in Verbindung, die ein sogenanntes „Handels-Industrie-Komitee“ gebildet hatten. Die Angeklagten waren bereits vorher mit einzelnen Mitgliedern dieses Komitees zur Durchführung einzelner Sabotageakte in Verbindung getreten. Sie konzentrierten nunmehr auf Grund einer Vereinbarung mit diesem Komitee ihre Schädlingstätigkeit auf eine bewaffnete Intervention des Auslandes. Zu diesem Zweck nahmen

sie den finanziellen Beistand des Handels-Industrie-Komitees und ausländischer Staaten in Anspruch. Gleichzeitig traten die Angeklagten auch durch dieses Komitee in

verbrecherische Beziehungen mit französischen Regierungskreisen, die sich zur Aufgabe geicht hatten, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen und in der Person des ehemaligen Chefs der französischen Regierung Poincaré und des Außenministers Briand sowie den drei französischen Generalkonsularen Joinville, Janin und Richard in Verbindung.

Die nach den Anweisungen der erstgenannten Persönlichkeiten einen militärischen Angriffsplan gegen Sowjetrußland ausarbeiteten. Dies Verhalten der Angeklagten stellt einen Akt des unmittelbaren Staatsverrats dar. In dem weiteren Verlauf der beschriebenen verbrecherischen Tätigkeit konzentrierten die Angeklagten ihre Schädlingstätigkeit auf die Desorganisation des Wirtschaftslebens, um eine Krise in den Hauptindustriezweigen bis zum Jahre 1930 herbeizuführen, das heißt bis zu dem von dem französischen Generalkonsul für eine militärische Intervention in der Sowjetunion angegebenen Termin. Die Angeklagten stellten ferner durch Vermittlung der speziell dafür bestimmten Abteilungen R. und K. eine persönliche Verbindung mit dem französischen Generalkonsul her und führten die Spionageaufträge des französischen Generalkonsulats aus. Sie verschafften sich im Auftrag dieses Stabes die notwendigen Geheimangaben hinsichtlich der Heeresmacht und Wehrhaftigkeit der Sowjetunion. Die Angeklagten organisierten auf Vorschlag desselben Generalkonsulats eine militärische Sondergruppe, deren Aufgabe die Vorbereitung der Zerstörung der Roten Armee sein sollte, wobei sogar schon einzelne verbrecherische Akte einzelner Truppenteile während der betreffenden Intervention in Betracht gezogen wurden. Im Auftrag des französischen Generalkonsulats bildeten die Angeklagten innerhalb ihrer Organisation eine Störungsgruppe, um die militärische Intervention des Auslandes durch Sprengung öffentlicher Bauten, Kreuzstationen und Eisenbahnstrecken der für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken und Betriebe zu unterbrechen.

Die Sowjetagentur gibt gewiß den Inhalt dieser furchtbaren Anklage richtig wieder; Europa soll erkennen, wie schwer diese Professoren ihren Staat bedroht haben. Wenn die Sowjetagentur nicht ebenso gewissenhaft berichtet, was die Angeklagten zu ihrer Verteidigung vorbringen, so wird man in der ganzen Welt nicht denken, daß es in Moskau um Recht geht!

Französischer Protest in Aussicht.

Moskau über Romo, 11. November. (II.)

Der französische Botschafter hat abgelehnt, irgendwelche Erklärungen zu den Beschuldigungen abzugeben, die diese Anklageschrift gegen französische Persönlichkeiten erhebt. Der Botschafter hat sofort Außenminister Briand über die Angriffe in der Anklageschrift telegraphischen Bericht erstattet. Noch diese Woche soll hiergegen Protest erhoben und die Beschuldigungen, soweit sie Frankreich betreffen, zurückgewiesen werden.

Frankreichs Rüstungsbudget.

Ausgedeckte Verschleierung.

Paris, 11. November. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete Antonelli, Mitglied der Finanzkommission der Kammer, gibt im „Populaire“ eine genaue Aufstellung über die Rüstungsausgaben Frankreichs im Budgetjahr 1931/32.

Die Regierung hatte in einem Kommuniqué die Rüstungskredite auf insgesamt 12,2 Milliarden Franken beziffert, davon 4,8 Milliarden für das Landheer, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,3 Milliarden für die Kolonialtruppen und 2,2 Milliarden für die Luftwaffe. Darüber hinaus enthält der Etat aber eine Reihe versteckter Kredite, die Antonelli auf nicht weniger als sieben Milliarden Franken schätzt. In der Budgetaufstellung fehlen zunächst die Ausgaben für die neuen Festungsbauten von einer Milliarde und die für die Wiederauffüllung der Munitionslager und Materialbestände in gleicher Höhe. In ähnlicher Weise ist eine weitere Milliarde sachlicher Ausgaben für Marine- und Luftfahrt auf das Schachamt abgewälzt worden. Dazu kommen

ferner zwei Milliarden für Militärpensionen (unter Ausschluß der Kriegsfürsorge), die dem Finanzministerium zur Last fallen, und weitere zwei Milliarden für die Erhöhung der Zahl der Militärbeamten. Es ergibt sich, daß Frankreich für seine Rüstungsausgaben nicht weniger als 19 Milliarden Franken veranschlagt.

Die britische Schulreform.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Als in der Beratung der Kosten des neuen Schulgesetzes ein konservativer Redner behauptete, die Arbeiterkinder seien gegen die längere Schulzeit ihrer Kinder, bezeichnete der unabhängige Arbeiterabgeordnete May Gwynn dies als Lüge. Da Gwynn den unparlamentarischen Ausdruck zurückzunehmen sich weigerte, wurde er wegen Verstoßes gegen die parlamentarischen Sitten mit 305 gegen 40 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. Die Liberalen sind zwar prinzipiell für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters, jedoch gegen die Altersunterfügung. Aus diesem Grunde beschloß die liberale Unterhausfraktion, bei der Kostenbewilligung neutral zu bleiben. Damit dürfte die Vorlage gesichert sein.

Am verkehrten Ende.

Lohnabbau verschärft die Krise.

Eine Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem tritt immer dann ein, wenn die Preise zu hoch sind, das heißt, wenn die vorhandene Kaufkraft die Waren, die auf den Markt geworfen werden, nicht mehr auffangen kann. Unter normalen Umständen gehen dann die Preise nach einigem Widerstreben wieder herunter, gewöhnlich so weit, bis sie unter den Selbstkosten liegen. Es gibt Bankrotte in Massen, die Waren werden verschleudert und trotz der gesunkenen Marktkaufkraft durch die Arbeitslosigkeit steigt dann der Absatz. So folgt dann wieder, entsprechend der größeren Nachfrage, ein Anziehen der Preise, und das Spiel beginnt wieder von vorne. Die Preise steigen, bis sie jene Höhe erreicht haben, wo sie für die Marktkaufkraft nicht mehr zu erschwingen sind.

Mit den Löhnen hat dieses Auf- und Abwringen der Preiskurve nichts zu tun.

Wohl aber steht der Arbeitsmarkt in direkter Abhängigkeit vom Warenmarkt. In Zeiten einer Wirtschaftskrise erfolgen Entlassungen. Die Unternehmer suchen das Ueberangebot an Arbeitskräften durch einen Lohnabbau auszunutzen. Bessert sich die Wirtschaftskrise, dann steigt auch die Nachfrage nach Arbeitskräften, auf den Lohnabbau erfolgt ein Gegendruck.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in Zeiten der guten Konjunktur die Reallohne eher eine sinkende Tendenz aufweisen, weil sie den Preissteigerungen erst nachfolgen, während

bei abfallender Konjunktur der Reallohn steigt,

weil der Lohnabbau bei sinkenden Preisen erst nach und nach sich durchzusetzen vermag.

Die Reichsregierung will nun nach den Rückschlüssen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Ueberwindung der Krise am verkehrten Ende ansetzen. Die Preisbindungen im Großhandel und in der Schwerindustrie verhindern den natürlichen Ablauf der Krise. Dies ist die wesentliche Ursache, weshalb in Deutschland die Wirtschaftskrise nicht nur so außerordentlich scharf, sondern auch so langwierig ist. Mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen will man nun zuerst die Löhne abbauen. Dem Lohnabbau soll ein vorläufig noch fragwürdiger Preisabbau folgen oder mit ihm Hand in Hand gehen. Damit wird aber die Krise nicht beseitigt, sondern verlängert. Ganz richtig schreibt der „Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften:

„Auf die Lohngestaltung kann durch das staatliche Schlichtungswesen ein starker Einfluß ausgeübt werden. Zu einer gleichzeitigen Einschränkung auf die Preisgestaltung

fehlen der Reichsregierung die Zwangsmittel. Was ihr heute an freiwilligen Zugeständnissen gemacht wird, ist vielleicht morgen schon wieder illusorisch. Zudem sind die bisher versprochenen und an sich begrüßenswerten Preisentlastungen nur „ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Es muß noch derjenige ausfinden, der wirklich beweisen kann, daß eine Lohnentlastung von 5 Proz. bei den vorgezeichneten Preisentlastungen nach einer Hebung der Kaufkraft bedeutet. Alle Wirtschaftsankurbelungen sind aber sehr problematischer Art, wenn die Hebung der innerdeutschen Kaufkraft nicht erreicht wird. Bei der allgemeinen Weltlage ist schwerlich anzunehmen, daß die Reichsregierung in erster Linie eine Beseitigung von der Exportseite her erhofft.“

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für Nordwest, noch stärker aber der bindende Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie haben deswegen

in der gesamten Öffentlichkeit eine so einmütige Ablehnung

gefunden, weil es auf der Hand liegt, daß mit diesem Lohnabbau, der im übrigen durch nichts gerechtfertigt ist, die Arbeitslosigkeit, die eben in der unzureichenden Kaufkraft gegenüber den überhöhten Preisen begründet ist, nicht beseitigt werden kann, sondern damit die Gefahr einer weiteren Verschleppung der Krise heraufbeschworen wird.

Die Preisentlastungen, die die Regierung mit so großem Tamtam angekündigt hat, fallen für den Arbeiterhaushalt kaum ins Gewicht. Diese Preisentlastungen, auch wenn sie aufrechterhalten bleiben, betragen noch nicht 1 Proz. des Lohnes eines Berliner Metallarbeiters. Es sind die Kartoffelpreise, es sind vor allen Dingen die Rieten, die so heute mindestens 25 Proz. des Lohnes ausmachen, es sind die Gemüsepfeile, die gesamten Preise für Fleisch, Butter und Fett jeglicher Art, es sind schließlich die Preise für Stoffe und Leder, die für den Arbeiterhaushalt ausschlaggebend sind. Dazu kommen die Zölle, Steuern und Sozialabgaben. Wir haben noch nichts davon gehört, daß die Reichsregierung irgend etwas

für die Herabsetzung der Mieten

unternimmt. Statt der Krise ihren natürlichen Lauf zu ermöglichen, stellt sich die Reichsregierung hinter die Unternehmer und verspricht ihnen Lohnsenkungen, verhilft ihnen durch Schiedsprüche dazu, wenn die Unternehmer der Regierung das Versprechen geben, einen Preisabbau durchzuführen, der völlig ungenügend ist und den die Unternehmer in viel stärkerem Maße ohnehin durchführen müßten, wenn die Regierung nicht eingreifen würde. Das Vorgehen der Regierung richtet sich also gegen die Arbeiter und verhindert oder verzögert die Beseitigung der Krise.

Einmütig gegen Schiedspruch.

Der Vorstand des D.M.V. berichtet dem Engeren Beirat.

Gestern tagte der Engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — Vorstand und Bezirksleiter — um zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie und seine Auswirkungen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Verbandes, Braunes, gab noch einmal einen Rückblick über den gesamten Verlauf der Bewegung und besaß dabei als die Auffassung des Vorstandes, daß der jetzt gefällte Schiedspruch alle Erwartungen so gewaltig enttäuscht habe, daß man nur ein Gefühl der Empörung über dieses Urteil haben könne. Dieser letzte Schiedspruch sei

ein Verstoß gegen Treu und Glauben.

Nachdem der erste Schiedspruch des Schlichters Dr. Völkers von der Arbeiterschaft einstimmig abgelehnt worden sei und diese Ablehnung durch einen außerordentlichen Streik unterstrichen hat, mußte es als unmöglich erscheinen, daß derselbe Schiedspruch von der neu ernannten Schlichterkammer wiederhergestellt werden könnte, auch nicht in der Form der Teilung, wie er jetzt vorliegt.

Kein Mensch in ganz Deutschland würde diesen Schiedspruch verstehen,

weil er so vollkommen alles unberücksichtigt läßt, was seit der Fällung des amtl. Schiedspruches geschehen ist.

Auch die dem Schiedspruch beigegebene Begründung könne durchaus nicht befriedigen, und wenn der Hinweis in der Begründung gegeben wird, daß der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schiedlich auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden soll, so sei die Stellung des Verbandes unbedeutend geblieben, daß

gegen jeden Lohnabbau,

zumal dann, wenn er auch das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtert, jeder nur mögliche Widerstand geleistet wird. Daß es der Verbandsleitung mit dieser Auffassung Ernst ist, beweise ja der inzwischen erfolgte Ausstand der Arbeiter in Bielefeld.

In den Beratungen des Engeren Beirates wurde die Auffassung des Vorstandes nachdrücklich unterstrichen. Immer wieder kam die besondere Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß ein solcher, für vollkommen unmöglich gehaltenen Schiedspruch auch noch zustande gekommen sei auf der Stimme des Professors Singheim, der vom Metallarbeiterverband für dieses Schiedsgericht benannt worden ist.

Heute, Mittwoch, folgt eine Tagung des Erweiterten Beirates, zu der die übrigen Vertreter aus dem Lande telegraphisch beordert worden sind.

Konflikt auch in Sachsen.

Schlichtungsinstanz unterstützt Unternehmer.

Dresden, 11. November. (Eigenbericht.)

Seit sieben Monaten wird für die sächsische Metallindustrie ergebnislos verhandelt. Die sächsische Metallindustriellen hatten sowohl Manteltarif wie Lohnabkommen vorzeitig gekündigt. Es verstrich erst eine geraume Zeit, um ihr Verlangen, das gesonderte Tarifgebiet von Leipzig miteinzubeziehen, abzuwehren. Da über die wichtigsten Punkte von Arbeitszeit, Lohn und Akkordbemessung, Ferien usw. eine Einigung nicht erzielt wurde, mußte eine Schlichterkammer entscheiden.

Entgegen dem Verlangen der Metallarbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden pro Woche und Wegfall des Anrechnungsberechtigten des Unternehmers auf Ueberstunden verlangt

hatten, wurde die Arbeitszeit im Schiedspruch auf 48 Stunden bemessen. Der Unternehmer soll das Recht haben, außerdem zwei Ueberstunden (bisher drei) pro Woche anzuzurechnen. Ueber den Lohn selbst ist bis jetzt überhaupt noch nicht verhandelt worden.

Wenn auch die übrigen Fragen, Akkordbemessung, Ferien usw., einigermaßen befriedigend berücksichtigt worden sind, so ist der Schiedspruch in der Frage der Arbeitszeit doch so unbefriedigend, daß die große Tarifkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig den Schiedspruch abgelehnt hat. Dank der guten Organisation der sächsischen Metallarbeiter sind die Arbeitsbedingungen bisher unangetastet geblieben, obwohl die Arbeiterschaft zur Zeit tariflos arbeitet.

Otto Handke Jubilar.

Am 12. November 1906 wurde Otto Handke als zweiter Bevollmächtigter der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes angestellt. In seiner frühesten Jugend lernte er all die Sorgen des Proletariats kennen. Nach Erlernung des Dreherhandwerks schürzte er sein Ränzgen und ging auf die Waise. Nach mehreren Wanderjahren kehrte er nach Berlin zurück und trat in die Reihe der Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Nach siebenjähriger Tätigkeit in Berlin wurde er 1912 als Bezirksleiter nach Breslau und 1921 als Vorstandsfunktionär nach Stuttgart berufen. Nach 18 Jahren ist er nun wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt. Während des Wahlkampfes stellte er sofort seinen Namen, weil er stets zur Stelle ist, wo ein Mann gebraucht wird.

Die deutschen Metallarbeiter und darüber hinaus alle ihm bekannten Parteigenossen wünschen dem rüstigen Kämpfer noch viele Jahre fleißigen Wirkens für die großen Ziele der deutschen Arbeiterbewegung.

Arbeiter gegen Arbeiter.

Die R.O.D. bei der Sattlern.

Seit Anfang dieses Jahres ist es der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers infolge der Obstruktion einer Minderheit, der sogenannten „Opposition“, nicht mehr möglich, eine Generalversammlung ordnungsmäßig durchzuführen zu können. Die letzte Generalversammlung war zum 15. April einberufen worden, aber infolge des Streiks der „Opposition“ kurz nach ihrem Beginn aufgelöst.

Zu gestern abend hatte die Ortsverwaltung wieder eine Generalversammlung angesetzt, um endlich einmal den Mitgliedern wieder das Wort zu geben. Auch diese Versammlung löste sich aber wieder in Tumult auf. Die Sprengung der Generalversammlung war von der „Opposition“ wohlorganisiert. Gleich nachdem der Bevollmächtigte Genosse Osten die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, meldete sich ein Anhänger der „Opposition“ zur Geschäftsordnung. Obwohl er sich nicht an die Geschäftsordnung hielt, reagierte er auf sein Klingelzeichen des Versammlungsleiters. Er legte es eben darauf an, die nötige „Oppositionstimme“ zu schaffen.

Die Erregung in der Versammlung wurde von anderen kommunikativen Störenfriedern noch künstlich gesteigert. Die „Opposition“ gab sich einfach selbst das Wort. Als sich der Tumult herab steigerte, daß es schon zu vereinzelt Schlägereien innerhalb des Saales kam, die die „Opposition“ provozierte, schloß Genosse Osten mit Zustimmung der Mehrheit der Versammlungsteilnehmer die Generalversammlung.

Das war für die Ausgeschlossenen und ihrem Anhang das Signal, sich durch einen Rotausgang Zutritt zum Versammlungsraum zu beschaffen und sich von ihren kommunikativen Freunden in der Versammlung die auf ihr Erscheinen offenbar schon längst gemartet hatten, „revolutionär“ begrüßen zu lassen. Gerade dieser letzte Vorgang beweist, daß die Sprengung der Generalversammlung planmäßig organisiert war.

Bezeichnend für das schändliche Verhalten der „Opposition“ ist es, daß sie durch ihr randalierendes Auftreten die Beratung der An-

träge auf Unterstufung der erwerbslosen Mitglieder zu Weihnachten verhindert hat. Die Ortsverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß sich solche skandalösen Vorgänge nicht mehr wiederholen. Sie wird entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung vom 15. April verfahren, durch den die Vollmachten der Generalversammlung dem Funktionärkörper der Ortsverwaltung übertragen wurden.

Lohnabbau und Ueberstunden.

Eine Berichtigung.

Zu unserem Artikel im „Vorwärts“ vom Sonntag sendet uns der Betriebsratsvorsitzende der Schuhfabrik Herchtal eine „Berichtigung“, die in keiner Weise den skandalösen Lohnabbau und die schandvolle Ueberstundenwirtschaft beirret. Herr Heilmann versucht dagegen die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet und auf seine Vergangenheit abzuwälzen.

Auch in seinem Inzresse lehnen wir es ab, die Frage auf ein falsches Gleis schieben zu lassen. Lohnabbau, Ueberstunden und Stilllegung, wie sie bei der Firma Herchtal betrieben werden, sind ein Schandfleck, der geiligt werden muß. Wer diese skandalösen Zustände anordnet oder duldet, als Betriebsleiter, Betriebsratsvorsitzender oder Arbeiter, wer nicht alles tut, um sie zu beseitigen, hat das Recht vermisst, sich auf seine gewerkschaftlichen oder politischen Anschauungen zu berufen.

Bierzehntstundentwoche.

Die Steinmehlhütte Berlin hat sich entschlossen, ab 12. November in ihrem Betriebe die 10stündige Arbeitswoche einzuführen.

Gehaltsverzeichnis um 20 Proz.

Verhandlungen in den sächsischen Staatsbetrieben.

Dresden, 11. November.

Zwischen der sächsischen Regierung und den Direktoren und leitenden Angestellten der werbenden Staatsbetriebe finden, wie wir erfahren, zur Zeit Verhandlungen über eine Gehaltsreduzierung im Ausmaß von durchschnittlich 20 Prozent statt.

Da die meisten der in Frage kommenden Herren langfristige Verträge haben, handelt es sich dabei um einen freiwilligen Verzicht. Wie weiter bekannt wird, ist damit zu rechnen, daß eine zwanzigprozentige Gehaltsenkung von den betreffenden anerkannt wird. Jedoch steht der Termin, zu dem diese Maßnahme in Kraft treten soll und der Kreis der daran beteiligten Personen und Betriebe noch nicht fest.

Ferner steht noch offen, ob nicht in einzelnen Fällen bei weniger hohen Gehältern eine gewisse Stoffelung der Gehaltsenkung angewendet werden wird.

Wieder Lohnkonflikt in der Rheinschiffahrt.

Duisburg, 11. November.

Die Verhandlungen der Rheinschiffahrt (Arbeitsbergergruppe) mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehaltsniveaus sind heute endgültig gescheitert. Die Rheinschiffahrtbetriebe wollen nun versuchen, durch eine unmittelbare Verständigung mit ihrem Personal zu einer Senkung der Löhne zu gelangen. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden. (Über das Personal ist auch nicht von Papp.)

Schlichtungsverhandlungen im Bauhölzerstreik. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß sind nicht am Freitag, wie gestern im „Vorwärts“ irrtümlich mitgeteilt wurde, sondern bereits morgen, Donnerstag, um 11 1/2 Uhr. Die Branchenvollversammlung der Bau- und Holzhandwerker, in der zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen Stellung genommen wird, ist am Freitag, um 19 Uhr, in den „Friedrichshain am Märchenbrunnen“ am Friedrichshain. Die Funktionäre der Branche kommen um 17 Uhr in dem gleichen Lokal zusammen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Mittw. 1914 Uhr. folgen die Gruppen: Baumhölzerweg: Jugendheim Baumhölzerweg, Friedrichstr. 16. Vorstand: Gewerkschaften und Holzhandwerker. — Reutlingen: Gruppenheim Reutlingen, Col. Poststr. 20. Vorstand: Gewerkschaften und Holzhandwerker. — Eberswalde: Stadt. Jugendheim Eberswalde 11 (Kochhausstraße). Wanderleiter der Vereine. — Althausen: Jugendheim Althausen, Althausenstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Weihenstephan: Jugendheim Weihenstephan, Weihenstephanstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Mühlentempel: Jugendheim Mühlentempel, Mühlentempelstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Schöneberg: Jugendheim Schöneberg, Schönebergstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Humboldt: Jugendheim Humboldt, Humboldtstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittw. folgen die Veranstaltungen: Gesundheitswesen: Jugendheim W. Udenstr. 1. Schlichtungsinstanz: Vom Volkssied zum Juss. — Reichsbrotbrot: Jugendheim Reichsbrotbrot, Reichsbrotbrotstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Holzhandwerker. — Reutlingen: Gruppenheim Reutlingen, Col. Poststr. 20. Vorstand: Gewerkschaften und Holzhandwerker. — Eberswalde: Stadt. Jugendheim Eberswalde 11 (Kochhausstraße). Wanderleiter der Vereine. — Althausen: Jugendheim Althausen, Althausenstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Weihenstephan: Jugendheim Weihenstephan, Weihenstephanstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Mühlentempel: Jugendheim Mühlentempel, Mühlentempelstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Schöneberg: Jugendheim Schöneberg, Schönebergstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften. — Humboldt: Jugendheim Humboldt, Humboldtstr. 16. Vorstand: Reichsbrotbrot und Gewerkschaften.

Verantwortlich für Politik: Oskar Schiff; Wirtschaft: G. Klingenschild; Gewerkschaftsbewegung: J. Götter; Kultur: Dr. John Schütz; Soziale und Sonstige: Fritz Barthel; Anzeigen: H. Hübner; (amtlich in Berlin). Berlin: Fremden-Bureau G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 1. Blatt 2. Beilage.

Zum Schutz vor Ansteckung und bei Erkältungsgefahr

Formamint

Von mehr als 14000 Ärzten begutachtet und empfohlen.
Glas mit 50 Tabletten Mk. 1.75

Die entfesselte Oder

Der Fernsehende ist versucht, die Oder in der flachen, nur von bescheidenen Höhen durchbrochenen Landschaft der Ostmark für einen alten, geruhsamen, ja trägen, breit und gemächlich dahinfließenden Strom zu halten. In diesen Tagen des Hochwassers aber konnte er sie im Frankfurter Gebiet einher rasen sehen mit der tosenden Strömung eines jungen reißenden Gebirgswassers.



Eine weite, schier unübersichtliche Wasserfläche bietet sich dem Blick. Hinten irgendwo sieht man eine Reihe von Bäumen, die im Gänsemarsch aneinandergefügt sind, trübselige Kronen aus der Flut recken. Da ist also sonst eine Landstraße gewesen! Dazwischen aber liegen Wiesen, Wege, Anlagen, die alle überflutet sind. Zerwühltes, vernichtetes Werk menschlicher Arbeit, erschütterndes Zeugnis für die Unzulänglichkeit dessen, was wir gegen die Allgewalt entfesselter Naturkräfte vermögen!

Irgendein totes Tier, man kann es nicht erkennen, ein Hase oder ein Hund, es mag aber auch ein Holzklötz sein, wird in wüstem Tempo mitgeschwemmt. Ein Motorradfahrer meint: „Sind das nun 60, 80 oder 100 Stundenkilometer Geschwindigkeit?“ Kleine Kähne, die sonst mit Leichtigkeit die ruhige Oder meistern, sind festgekettet, um nicht fortgerissen zu werden, aber auch für die größeren Schlepper drüben im Winterhafen sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Unheil zu verhindern. Mit dem Element ist nicht zu scherzen, und es hat schon genug des Bösen angerichtet, hat Häuser und

Schuppen unterspült und Waren und Werte vernichtet. Aus den Wohnungen jagte es Menschen, die mit Mühe bescheidenen Hausrat bargen, und Vater und Mutter in manchem Arbeiterhaushalt sind in Sorge und Kummer, wie das Verlorene ersetzt werden soll.

Gewiß, das Schauspiel des rasenden, Ufer und Dämme sprengenden Wassers ist, rein äußerlich gesehen, grandios. Aber es birgt unendlich viel Sinnlosigkeit und mehr noch an bitterer Tragik und einer Not, die im Augenblick der Fernsehende nicht sieht. Erst wenn das Element sich beruhigt hat, wird die Höhe des angerichteten Schadens, der in viele Millionen geht, zu ermessen sein.

Ackerstraße 81!

Vier Mädchen kaufen in einem feuchten Kellerloch.

Im Norden Berlins. Es ist ein richtiges Armeuteilhaus, das Haus Ackerstraße 81. Schmutzig, alt, trostlos, mit Höfen und Hinterhöfen. Je weiter man nach hinten kommt, desto niederdrückender wird die Szenerie. Und hier im letzten Hof, dem traurigsten Winkel der Mietkolonie, wo nichts als schmutzig-graue Steinquadern zu sehen sind, auf der, trübseligen Augen gleich, die unglücklichen trüben Fenster der Hinterhauswohnungen blicken, führen ein paar ausgegetretene Stufen nach einem kleinen, stockfinsternen, feuchten Kellerloch.

Der feuchte Steinfußboden strömt eine dumpfe, unangenehme Luft aus. Die niedrige Decke versperrt auch dem letzten, sich verirrten Sonnenstrahl den Eingang und die paar arbeitsigen Wände füllen den Raum bis aufs letzte. Und dabei sind in dem Raume nur zwei Betten, ein kleines Kinderbettchen, eine winzige Kochmaschine und ein Spind, auf dem zwei ausgebrannte Petroleumlampen stehen.

Kalt ist's, die Kochmaschine ist tot, auf dem Fußboden liegen ein paar Stückchen Holz. Die Portierfrau zeigt auf Verlangen die Wohnung. Die Leute sind gerade fortgegangen, wahrscheinlich wieder einmal irgendeinen traurigen, vergeblichen Gang. Arbeit suchen, Unterstützung erbitten oder vielleicht auch das Kind begraben, das ihnen im Alter von sechs Wochen gerade gestorben ist: Ein Kind des Vammers und der Rot, dessen ohnedies allzumachendes Lebenskämpfen diesen ungeliebten Lebensbedingungen keinen Widerstand entgegenzusetzen konnte.

Aber es sind noch zwei Kinder da, im Alter von zwei und drei Jahren. Die Eltern selbst jung und doch schon elend, der Mann ewig arbeitslos, längst ausgesteuert, nur mehr auf die Krisenunterstützung angewiesen. Schon seit Anfang des Jahres haufen die vier in diesem Elendswinkel, der Arbeiter Prozessinitz mit Frau und Kindern. Alles Bitten um eine bessere Wohnung war vergebens, und als die Frau, hochschwanger mit dem dritten Kind, wieder einmal ihr schweres Leid klagte, da meinte man: „Wenn das dritte Kind da ist, dann melde Sie sich wieder!“ Nun ist das arme Bäum schon wieder tot. Aber die vier Lebenden wollen und müssen ein menschenwürdiges Dach über dem Kopfe haben. Oder soll erst einer nach dem andern elend zugrunde gehen?

„Preisabbau“ beim Schlächter

Die Hausfrauen sind mit Recht skeptisch.

Die Herabsetzung der Schweinefleischpreise soll schon gestern in Kraft getreten sein. Die Schlächter haben dabei wohl selbst nicht geglaubt, daß diese völlig ungenügende Aktion irgendwelchen Eindruck auf die Bevölkerung machen würde. Kein Fleischer hat die Preisreduzierung irgendwie im Schaufenster angefündigt. Im Schlächterladen selbst wird zwar über den angefündigten Preis lebhaft diskutiert, man ist überall mehr als skeptisch. Hört man die kleinen Fleischer über diese Aktion, so erhält man auch nur einmündig das Urteil: das Fleischgewerbe mache sich mit besorglichen Attributen tadellos. Ueberall erhält man sofort die Antwort: Warum werden nicht alle Fleischpreise reduziert, warum werden sie nicht mindestens um 20 Pf. heruntergesetzt? Und warum werden nicht auch endlich die Preise für Wurstwaren reduziert? Sehr mit Recht betonen andere Schlächter, daß sich diese Herabsetzung oft nicht auswirkt, wenn nämlich die Leute ein halbes oder anderthalb Pfund Fleisch kaufen, dann wird das stets auf volle 5 Pfennige abgerundet.

Im Westen Berlins war von einem „Abbau“ der Preise auch im Fleischladen nichts zu merken. Viele Schlächter sollen erklärt haben, sie dächten gar nicht daran, den Schweinefleischpreis herabzusetzen.

Kohlen für die Armen.

Sozialdemokratische Rathausfraktion sorgt für Feuerung.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion bringt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat wird ersucht, alle Wohlfahrts-, Krisen- und Notstands-Unterstützungsempfänger mit Winterfeuerung im Umfang des Vorjahres zu beliefern.

Die Zukunft der Städtischen Oper.

Dr. Singer behält die Leitung.

In der Sitzung des Aufsichtsrats der Städtischen Oper A.-G. vom 11. November wurde beschlossen, die Stelle des Intendanten vorläufig nicht auszufüllen. Dr. Singer übernimmt als Intendant bis auf weiteres die Leitung der Städtischen Oper.

Unter langjähriger Parteigenosse, der Dichter Johann Vogelgefang, Berlin SO, Wiener Str. 41, der seit 40 Jahren Leser des „Vorwärts“ ist, begann gestern mit seiner Lebensgeschichte das Fest der goldenen Hochzeit. Unterem allen Parteifreund und seiner Frau wurden mannigfache Überraschungen zuteil.

Ueberfall mit einer Kinderpistole.

Der Täter festgenommen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Dienstagmittag in der Wohnung eines Rechtsanwalts J. in der Markgrafstraße 15 ab.

Gegen 12 Uhr erschien vor der Wohnung des Anwalts ein Mann. Auf sein Klopfen öffnete die 24jährige Hausangestellte Emma K. Der Mann, der in der linken Hand eine Pistole hielt, stieß das völlig überraschte Mädchen beiseite und schlug es mit einigen Backsteinen nieder. Durch die Häufung der Ueberfälle wurden jedoch die Büroangestellten alarmiert. Als sie hinzukamen, ergriff der Täter die Flucht. Es entspann sich eine aufregende Jagd, aber schon nach wenigen Minuten konnte der Flüchtling eingeholt und der Polizei übergeben werden. Als der Täter auf dem Revier einer Verleumdung unterzogen wurde, fanden die Beamten bei ihm eine — Kinderpistole und außerdem mehrere Stricke, die bereits mit Schlaufen versehen waren. Zweifellos ging die Absicht des Täters dahin, das Mädchen nach dem Ueberfall zu festeln. Um sein verbrecherisches Werk schneller ausführen zu können, hatte er die Stricke entsprechend vorbereitet. Der Festgenommene, ein offenbar geistig minderwertiger Mensch, der die Raubabsicht offen zugibt, wurde in Gewahrsam genommen.

W. Seemann
U. Wöhrl
Unternehmer...

Er fand Arbeit in einer großen Fabrik. Aber hier war er nicht mehr der Tischlergeselle Eisermann, den jeder mit seinem Vaternamen kannte, nein, hier war er nur ein Stück, ein Teil, ein ganz kleines Rädchen des komplizierten Ganzen, das jeden Augenblick durch ein anderes ausgetauscht werden konnte.

Hier war er nur Nummer unter anderen Nummern inmitten rasender Maschinen.

Seine Arbeit bestand aus nur wenigen, sehr einfachen Handgriffen. Doch so einfach die auch waren, er hatte keine Zeit, in irgendwelche Träumereien zu versinken.

Da gab es kein Hindämmern, kein Rasten, kein Verschrauben!

Die Dickenmaschinen sorgten schon dafür, daß er hell wach blieb.

Wenn sie viertelzöllige Eichendicken hobelten, zerstörten sie ihm schier die Trommelfelle mit ihrem metallenen Geschrei.

Die Kreisfägen kreischten wie ein Saal voll Weiber in Gebärnot. Durch Mart und Bein! Nicht zum Anhören! Und selbst wenn sie leerliefen, war ihr raumfüllendes Pfeifen noch unerträglich genug.

Ludwig erkannte zum ersten Male die Wucht der Maschine, ihre stoffliche Gefährlichkeit und doch ihren ungeheuren Einfluß auf den schaffenden Menschen.

Maschinen, das waren von Menschenhüten errachene, von Menschenhand hervorgezauberte Dinge, die eine kalte, unbarmherzige, aber geheimnisvolle Kraft trieb. Mochte man sie ruhig Dämon nennen. Auch diese bisher verborgenen Kräfte hatten sich die Menschen jetzt nutzbar zu machen verstanden!

Ludwig Eisermann beschloß, diese wichtigen Kräfte von Elektrizität und Maschine in sich aufzunehmen. Er ahnte, daß binnen kurzem eine Zeit kommen würde, wo diese geheimnisvollen, von Menschen erschaffenen Wesen, ihren Schöpfer überwältigen und ihm ihre mittellosen Gehege vorschrieben.

Inzwischen aber arbeitete er mit spielerischem Eifer an kleinen, blankpolierten Holzteilchen, setzte sie zu fernsprechapparat zusammen, schraubte ungezählte kleine Schraubchen

in die Gehäusewände und übte und vervollkommnete sich jeden Tag mehr im Gebrauch seiner Fingerspitzen.

Die Wertmeister waren sehr zufrieden mit seiner Arbeit. Das eine begriff er: alle Arbeit unterlag aus der Art des Produktionsprozesses heraus ganz bestimmten Gesetzen. Daher fiel es ihm auch nicht schwer, sich in alle die ihn umgebenden, neuen und mitreisenden Dinge einzuarbeiten.

Doch während sich die fremdländischen eisenharten Hölzer unter seinen kraftvollen Händen zu den vorgeschriebenen Gebilden fügten, erkannte er, daß auch diese Arbeit für ihn nur einseitig war. Er konnte hier einen ganz bestimmten Grad handwerklicher Höchstgeschicklichkeit erreichen, ein Spezialkönnen. Das war aber auch alles, was ihm die große Fabrik geben konnte. Mehr nicht.

Aber ihm lag nichts daran, schon jetzt eine vollkommene Ausbildung in seinem Fach zu finden. Dazu war später noch genügend Zeit. Er konnte Schulen besuchen, ja gewiß — doch wozu? Das wechselvolle Leben würde ihn schon überall hinwerfen, und die kommenden Jahre würden schon noch bringen, was ihm fehlte, um ein vollkommener Tischler zu sein.

Der Betrieb, in dem er arbeitete, war der modernste Berlins

Es wurde nur achtunddreißig Stunden in der Woche gearbeitet!

Die Errungenschaft hatten die Gesellen mit Hilfe ihrer Organisation im letzten Streik dem Unternehmer abgerungen.

Der Unternehmer selber zahlte hier kaum mit.

Er brauchte auch gar nicht da zu sein; denn der ganze Betrieb war von findigen Meistern aufgezogen und lief auch ohne ihn.

Kam der Chef mal in die Fabrik, dann nur auf wenige Vormittagsstunden.

Selten ging er durch die Arbeitsäle, höchstens um mal einen der Meister zu finden. Meistenteils saß er im Kontor, seine dicke Zigarre rauchend und mit Kunden und Lieferanten telefonierend.

Den größten Teil seiner Zeit aber verbrachte er auf der Jagd. Oft blieb er tagelang, ja wochenlang weg. Es war nichts von seiner Abwesenheit zu merken. Der Betrieb funktionierte wie am Schnürchen, mochte der Chef nun da sein oder nicht.

Ludwig beobachtete den Unternehmer, sobald er dessen ansichtig werden konnte, mit allergrößtem Interesse. Er verglich ihn mit seinem Vater, der doch auch gewissermaßen ein Unternehmer war, wenn auch nur im Zwergformat. Dieser Mann hier aber verstand es, in ganz anderer Weise einen Betrieb zu führen als sein Vater. Während Eisermann senior

kleinmütig alles Neue ablehnte, war dieser Fabrikant Pionier des kommenden neuen Zeitalters. Dieser Mann hier wirtschaftete aus dem vollen heraus. Er hatte längst erkannt, daß die Maschine der ausschlaggebende Faktor im Produktionsprozeß war und daß sie es künftighin in noch viel steigenderem Maße sein würde.

Sein Betrieb war maschinisiert bis in den kleinsten Winkel.

Die Maschinen schmissen billige Waren hinaus.

Die Waren wandelten sich zu Geld.

Die Maschinen scheffelten es.

Da konnte sich ihr Besitzer schon die wochenlangen Jagdfahrten leisten.

Mochte er in ein Land fahren, wo der Pfeffer wächst! Was ging das die Maschinen an?

Die hundert Kreisfägen kreischten und schrien unermüdlich weiter, und die Dickenmaschinen hobelten ein eichenes Viertelzollbrett nach dem anderen.

Ludwigs Leben war bisher sehr entbehrungsreich gewesen.

Deshalb sehnte er sich jetzt, wo er mit jedem Tagtag unabhängiger von den engen Verhältnissen seines Vaterhauses wurde, nach den fast wilden Zerstreungen, denen sich die arbeitende Jugend wahllos hingibt, um die quellenden, überschüssigen Kräfte irgendwie zu verbrauchen.

Ein wahrer Heißhunger nach dem großen Leben hatte ihn überfallen und schüttelte seine Sinne.

Sport gab es damals noch nicht. Wohl existierten einige Turnvereine und Schwimmklubs. Aber darin war nur eine bestimmte Klasse des Proletariats vertreten, und dieser wollte er nicht angehören. Er fühlte überhaupt nichts von einem Klassenbewußtsein. Die soziale Schichtung nahm er hin als etwas Gegebenes, platterdings Unabänderliches. Er gehörte seinem Verband an, jawohl. Denn Verband, das war etwas gegen die Unternehmer. Verband, das war etwas, was ihm Rückhalt gab. Verband, das war etwas, was ihm höhere Löhne erkämpfte und bessere Arbeitsbedingungen. Und nur darauf kam es an, sonst auf nichts! Deshalb zahlte er auch pünktlich seine Beiträge. Das war auch alles, was er tat. In Versammlungen gehen? In Vorträge? Sich gar politisch betätigen? Wozu? Brauchte es was ein? Nein! Also! Bleibt mir weg mit euren Weltverbesserungsplänen! Ich nehme die Welt so, wie sie ist, in allen ihren Teufeln rund. Mir genügt sie! Mir gefällt sie! Ich brauche also meine freie Zeit für meine Vergnügungen. Schade nur, daß diese freie Zeit so kurz ist und so rasend schnell vorbeiläuft! (Fortsetzung folgt.)

Kleinhandelspreise herunter!

Irreführende Behauptungen der Hauptgemeinschaft.

Die Preisentwertung für Brot, Schweinefleisch und Milch ist vorläufig noch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Doch soll man sich nicht täuschen lassen, wenn man die Größenordnung dieser Preisentwertung ein Bild machen. Unter Zugrundelegung der im LebenshaltungsindeX vorgegebenen Lebensmittelration (Monatsverbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie 40 Kilogramm Roggenbrot, 35 Liter Vollmilch, 3 Pfund Schweinefleisch) ergab sich eine monatliche Ersparnis von etwa 1,80 bis 2 Mark. Bei Zugrundelegung des im getriggen „Abend“ wiedergegebenen Etats eines Arbeiterhaushalts ergibt sich nur eine Ersparnis von noch nicht 1 Mark pro Monat. Die bisherigen Preisentwertungen bedeuten also im Gesamtbudget des Arbeiterhaushalts nur

eine Ersparnis um $\frac{1}{2}$ bis 1 Proz. Das sei auch Herrn Schiele gesagt.

Der sich zu der lächerlichen Behauptung verweigert, daß sich in Berlin die Senkung der maßgeblichen Lebensmittelpreise zwischen 3 und 8 Prozent schon um 10 Wochen früher auswirken wird, als die Lohnsenkung um 8 Prozent! In Anbetracht der gemäßigten Einschränkung der Kaufkraft der Massen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Herabsetzung der Verdienste und durch die jetzt von der Regierung eingeführte brutale Senkung der Tariflöhne ist die bisher eingetretene Senkung der Lebensmittelpreise ja schließlich völlig ungenügend.

Der Preisabbau der Lebensmittel muß also unverzüglich durch eine Anpassung an die verringerten Einkaufspreise und durch eine Herabsetzung der Handelsmargen fortgesetzt werden. Hierzu scheint man beim Handel keine Bereitwilligkeit zu besitzen.

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels

hat zu der Frage des Preisabbaues in völlig negativem Sinne Stellung genommen. In ihrer Erklärung findet sich die bei allen Preisabbaudiskussionen übliche Wendung, daß der Einzelhandel zur Senkung der Preise nur imstande sei, wenn seine Selbstkosten verringert würden. Es wird ferner behauptet, daß bereits die Preise im Lebensmittelhandel für eine erhebliche Anzahl von Waren bedeutend gesenkt worden wären, und daß der Enqueteauschuß bestätigt hätte, daß die Preisstellung im Einzelhandel nicht überhöht wäre.

Es scheint uns notwendig, uns mit den Behauptungen der Hauptgemeinschaft sowie mit dem von ihr angeführten Zahlenmaterial etwas näher zu befassen.

Es wird zunächst behauptet, daß die Preise für zahlreiche Lebensmittel, z. B. für Reis um 10 Proz., für Hülsenfrüchte um 30 Proz., für Mehl um 3 bis 4 Proz., in Berlin bereits zurückgegangen wären. Worauf sich diese Angaben stützen, wird nicht gesagt. Vergleicht man diese Angaben mit den Preisermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Kleinhandelspreise für wichtige Lebensmittel, so ergeben sich große Abweichungen von den Zahlenangaben der Hauptgemeinschaft.

Nach den amtlich ermittelten Kleinhandelspreisen ist z. B. seit Jahresfrist der Kleinhandelspreis für Reis unverändert geblieben, der Preis für Hülsenfrüchte weist entsprechend dem sehr starken Rückgang der Großhandelspreise für Hülsenfrüchte einen Abschlag auf, doch beträgt dieser weniger als 20 Proz. und nicht 30 Proz., wie von der Hauptgemeinschaft behauptet. Die

Behauptung, daß die Mehlpreise um 3 bis 4 Proz. gesenkt worden wären, ist gleichfalls irreführend. Der Roggenmehlpreis liegt zwar um 2 Pfennig unter dem Vorjahrespreis. Dieser Preisabschlag scheint in Anbetracht des prozentual viel stärkeren Rückgangs der Roggenpreise unzureichend, dagegen liegen die Preise für Weizenmehl um 3 Pfennig über den Vorjahrespreisen.

Die Zahlenangaben der Hauptgemeinschaft sind also teils unrichtig, teils irreführend.

Die Hauptgemeinschaft gibt ferner an, daß die Handelsaufschläge bei den sogenannten Konkurrenzartikeln sehr gering seien, erwähnt aber nicht, daß andererseits für zahlreiche Lebensmittel sehr hohe Aufschläge bestehen. So sind nach genauen Unterlagen in der Enquete für Hülsenfrüchte Aufschläge von 30 bis 35 Proz., für Graupen, Grieß und Reis von etwa 40 Proz. üblich.

Auch die Behauptung, daß nach Feststellung des Enqueteauschusses die Preisstellung im Einzelhandel nicht als überhöht angesehen werden kann, erscheint uns nicht zutreffend. In den bisher veröffentlichten Untersuchungen über die einzelnen Zweige des Einzelhandels werden nur die Vernehmungen, also im wesentlichen die Äußerungen der Interessenten, wiedergegeben und das Zahlenmaterial ausgeführt. Ein abschließendes Urteil ist u. B. bisher nicht veröffentlicht worden. Aus diesen Vernehmungen ist übrigens übereinstimmend hervorgegangen, daß irgendwelche exakten Maßstäbe für die Kalkulation im Lebensmittelhandel nicht bestehen, daß vielmehr die Höhe des Aufschlages „Erfahrungs- oder Geschäftssache“ ist.

Aus den Vernehmungen der Lebensmittelgeschäftliche ging eindeutig hervor, daß in diesem Unternehmungsgebiet die sehr beträchtliche Ausdehnung und Modernisierung der Filialen fast ausschließlich aus Gewinnen ermöglicht wurde. Ueber die Höhe der Unkosten bzw. über die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit ist bisher kein so einseitiges Bild gewonnen worden, wie es von der Hauptgemeinschaft behauptet wird.

Die Unkostensteigerungen außerordentlich stark, sie bewegen sich z. B. im Kolonialwaren-Einzelhandel zwischen 8 $\frac{1}{2}$ und 18 $\frac{1}{2}$ Prozent vom Umsatz, bei den Filialunternehmungen der Lebensmittelbranche lagen sie zwischen 16,8 und 18,7 Proz. vom Umsatz. Es ist durchaus nicht erwiesen, daß die Unkosten im Einzelhandel stärker gestiegen sind und stärker steigen mußten als die Umsätze. Der Leiter eines großen Filialunternehmens für Butter und Wollereiprodukte in Berlin, das zahlreiche Filialen in Berlin und den Provinzstädten unterhält, hat sich z. B. vor dem Enqueteauschuß wie folgt geäußert:

„Ich stehe auf dem von meinen Kollegen als etwas lehrreich bezeichneten Standpunkt, daß sich die Unkosten seit dem Jahre 1913 nicht wesentlich gesteigert haben. . . Soweit ich überlegen kann, sind sie, auf den Wert der Ware gerechnet, nicht gestiegen. . .“

Wir glauben also, daß die Erklärung der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels weder in ihrer grundsätzlichen Stellungnahme noch in ihrer Beweisführung richthaltig ist, halten es infolgedessen nach wie vor für unerlässlich, daß unverzüglich eine Anpassung der Lebensmittelkleinhandelspreise an die ermäßigten Erzeuger- und Importpreise sowie eine Reduktion überhoher Handelsmargen für Lebensmittel vorgenommen wird.

Privatisierung aus Finanznot.

Die Stadt Mülheim will aus Not ihre Elektrowirtschaft verkaufen.

Die Finanznot der Städte wird immer unerträglicher. Besonders groß ist die Finanznot im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geworden. Jetzt kommt die Nachricht, daß die Stadt Mülheim a. d. Ruhr, die natürlich besonders hohe Wohlfahrts-erwerbsteuergewinne hat, einen Verzweigungsabschritt tun will. Sie will um jeden Preis ihre Schulden- und Zinsenlast verringern und verhandelt deshalb mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen, dem großen westdeutschen, vom Privatkapital beherrschten Elektrowerk, über den Verkauf ihrer städtischen Elektrowirtschaft. Mülheim hat zwar schon bisher seinen Strom vom RWE bezogen, war aber in der Verteilung selbstständig und konnte aus dieser Stromverteilung für den Stadthaushalt jährlich 750 000 Mark einnehmen. Wie immer in solchen Fällen wird vom Privatkapital die städtische Rottlage ausgenutzt. Das RWE bietet als Preis nur 5 Millionen Mark, was bei Ueber-schüssen von 1/2 Millionen eine Rente von fast 15 Prozent bedeuten würde. Die Stadt Mülheim kann zu einem derartigen Preise unmöglich verkaufen, und so laufen gegenwärtig die Verhandlungen um den Preis noch weiter. Es ist ein Skandal, daß die kommunale Elektrowirtschaft durch die Politik des Reiches vor solche Alternativen gestellt wird.

Feinblechkarrell erhöht die Preise!

Eine Herausforderung der verarbeitenden Industrie.

Seit langem schon drängt die verarbeitende Industrie auf eine Senkung der Feinblechpreise, ohne jedoch bei den Wals-merken bzw. dem Feinblechkarrell auf Gegenliebe zu stoßen. Dieser Tage finden zwischen den Verarbeitern und dem Feinblechkarrell Preisverhandlungen statt, in denen auch eine Neuregelung für die Handelspreise erfolgen soll.

Diese Neuregelung sieht nicht mehr und nicht weniger vor als eine Preiserhöhung für den Kleinverbrauch von 170 auf 177,50 Mark je Tonne. Das Syndikat denkt also nicht nur nicht daran, die unter schärfstem Druck der ausländischen Konkurrenz stehende blechverarbeitende Industrie durch eine Preisverbilligung zu entlasten, sondern hat unter den heutigen Umständen auch noch die Stirn, die Preise herauszuschrauben. Da auch ein Teil der Feinblechwerke von dem Dornhauser Schiedsgericht prozessiert hat, entgeht sich also hier eine Unternehmergruppe ihren Verpflichtungen, dem Lohnabbau auch eine entsprechende Preisentwertung folgen zu lassen. Für das Reichswirtschaftsministerium darf in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Leitungsdraht wird billiger.

Der Leitungsdraht-Verband in Berlin hat jetzt seine Preise um 3-5 Prozent herabgesetzt. Wie der Verband noch mitteilt, kommt der Preissturz für Kupfer nach wie vor in den Preisen des Verbandes zum Ausdruck, da die sogenannte Metallgleichzeitigkeit den jeweiligen Kupferpreis den Zettelfabrikanten anpaßt.

Die falsche Kohlenpreispolitik.

In der Harpener Bergbau K.-G., dem größten reinen Zechenunternehmen Deutschlands, ist man mit dem Ablauf des letzten Geschäftsjahres nicht zufrieden. Es wird erklärt, daß die im Vorjahr auf 6 Prozent bemessene Dividende diesmal fast gar nicht erscheint. Aus Verwaltungskreisen wird die Hoffnung geäußert, „nachdem das Geschäftsjahr 1930 bis zum Augenblick eine starke Entlastung war, daß wenigstens die am 1. Dezember in Kraft tretende Kohlenpreissenkung eine Belebung des Abfahes mindestens für Hausbrandkohle bringen werde“.

Deutscher ist letzten das Eingeständnis ausgesprochen worden, daß die Preispolitik der Ruhrzechen falsch ist. Wenn jetzt die ganze Hoffnung auf die Abfahbehebung nach dem 1. Dezember, dem Termin der Kohlenpreissenkung, gesetzt wird, warum hat man dann die Senkung der Kohlenpreise nicht viel früher vorgenommen, warum hat man sie nicht in größerem Umfang vorgenommen? Diese Äußerung ist ein neuer Beweis, wie wenig unsere Wirtschaftsführer von der Wirtschaftsführung verstehen und wie groß ihre eigene Verantwortung für die Verschärfung der Wirtschaftskrise ist, während sie die Schuld dafür immer bei anderen suchen wollen.

Schwieriger Autoabsatz.

Opel liefert fast ein Viertel der deutschen Basen.

Nach dem jetzt vorliegenden Marktbericht der deutschen Auto-industrie sind im September 5833 Wagen als fahrten zugelassen worden, was einer arbeitsmäßigen Zulassung von 327 gegenüber 200 Personenwagen im Vormonat entspricht. Auf die deutsche Produktion entfallen hiervon 4240 Wagen oder 72,4 Proz. Infolge der verringerten Kaufkraft hat der Anteil der Kleinwagen am Gesamtabsatz weiter zugenommen. Von der ausländischen Produktion entfallen rund 50 Proz. der auf dem deutschen Markt zugelassenen Personenkraftwagen auf die Ford-Werke.

Der Anteil der Opel-Werke stellte sich mit 1373 Wagen auf 23,5 Proz. der neu zugelassenen Wagen im September. An zweiter Stelle steht die Hanomag mit 9,6 Proz., der mit 8 bzw. 7,2 Proz. die Adlerwerke und Bayerischen Motorenwerke folgen. Während die Daimler-Benz K.-G. mengenmäßig mit einem Anteil von 6,1 Proz. erst an fünfter Stelle steht, hält sie sich mit einem wertmäßigen Anteil von 19,8 Proz. an zweiter Stelle nicht weit hinter den Opel-Werken, die mit 23,2 Proz. auch bei dem wertmäßigen Umsatz den ersten Platz einnehmen.

USA: Außenhandel in der Krise.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika ist nach einer vom Handelsministerium herausgegebenen Statistik in den ersten 9 Monaten dieses Jahres um rund zwei Milliarden Dollar, also um 8,4 Milliarden Mark, gesunken. Die Zulieferung gegenüber dem ersten Dreivierteljahr 1929 von 3844 auf 2952 Millionen Dollar und die Einfuhr von 3390 auf 2401 Millionen Dollar. Danach stellt sich der Ausfuhrverlust auf mehr als 23 Prozent und der Einfuhrverlust auf rund 22 Prozent.

Die Aufgabe der Reichsbahn.

Will sie ihre Aktion verzetteln? — Der passive Verkehrsminister.

Bisher hat man im ganzen von der Reichsbahn nur Negatives auf die Frage gehört, ob sie ihre Tarife zur Förderung der Preisentwertung auch herabsetzen will. Die Reichsbahn scheint nicht zu begreifen, daß sie auch als Monopolunternehmen nicht anders handeln darf wie ein vernünftiger Kaufmann. Auch die Reichsbahn muß in einer Krise darum bemüht sein, daß ihr Abfah steigt, in diesem Fall die Beförderungstätigkeit der Reichsbahn für Güter und Menschen; das heißt, daß auch die Reichsbahn durch eine Tarifsenkung einen Anreiz schaffen muß, daß ihre Verkehrsmittel durch Reisen und Güter stärker in Anspruch genommen werden.

Die Ueberzeugung, daß das gerade jetzt notwendig ist, ist allgemein. Diese Ueberzeugung ist um so berechtigter, als der größte öffentliche Betrieb des Reiches auch eine moralische Pflicht hat, der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Die Reichsbahn hat die Möglichkeit dazu, die Tarife zu senken. Die vorgesehene Kohlenpreissenkung wird mindestens eine Verbilligung um 20 Millionen Mark, die vorgesehene Senkung der Schalter eine Entlastung um 80 bis 100 Millionen Mark erbringen, und auch auf der Material- und Stromseite kann die Reichsbahn Ersparungen machen, ganz abgesehen von den bei ihr vorhandenen greifbaren Finanzreserven und der Möglichkeit, auf dem Gebiet der Leistungszulagen zu sparen. Demgegenüber darf die Befürchtung, die übrigens für jedes Unternehmen zutrifft, daß mit den Einnahmen die Ueberschüsse zurückgehen und daß eventuell auch der Kredit der Reichsbahn leiden könnte, nicht ausschlaggebend sein.

Nachdem der unglückselige Metallschiedspruch von Berlin die Lohnsenkung in den Vordergrund gestellt hat, ist die Senkung aller letzten Verbraucherpreise nicht nur für die Regierung eine Ehrenpflicht, sondern auch für die Reichsbahn allererste Aufgabe bei eventuellen Tarifsenkungen geworden. Die Pflicht für den Arbeiter und die Frachten für die Lebensmittel sind es, auf die die ganze Kraft der Reichsbahn bei Tarifsenkungsmassnahmen gerichtet sein muß. Alle bei ihr möglichen und zu erwartenden Ersparnisse müssen auf die den letzten Verbrauch bedingenden Frachten konzentriert werden.

Dem widerspricht aber beispielsweise schon die der Reichsbahn in den letzten Tagen zugeschriebene Absicht, daß sie als allererste Maßnahme den Ruhrzechen zu Hilfe kommen will. Zwar sollen nicht die Kohlenfrachten allgemein gesenkt werden; die Reichsbahn will aber eine erhebliche Frachtermäßigung für den Export von Halbkohlen ins Ausland vornehmen. Unter normalen Verhältnissen könnte diese Maßnahme zweckmäßig sein, unter den gegenwärtigen bedeutet sie die Verstärkung der verlast-

reichen Kohlenexporte letztlich auf Reichskasse und gleichzeitig eine Verzettelung jeder Mark, die die Reichsbahn für eine allgemeine Frachtenentwertung zur Verbilligung der Lebenshaltung verwenden könnte und sollte.

Wir halten das Beispiel der Senkung der Kohlenexportfrachten für eine Politik charakteristisch, wie sie von der Reichsbahn jetzt nicht getrieben werden soll. Es scheint uns auch, daß der Reichsverkehrsminister v. Guérard der ganzen Frage, wie die Reichsbahn zur Verbilligung der Lebenshaltung und damit zur Wäherung der Krise beitragen kann, viel zu wenig Aufmerksamkeit widmet. Darin muß sich nicht nur einiges, sondern alles ändern. Der politische Kredit der Reichsregierung steht jetzt auf dem Spiel; dessen sollte sich auch der Reichsverkehrsminister bewußt sein.

Frachtsenkung für Kali.

Eine andere Form der Preisentwertung.

Der Reichskarat ist sich am Dienstag über eine Frachtsenkung für Kali einig geworden. Das Deutsche Kalisyndikat tritt über die Sitzung des Kalikrats unter anderem folgendes mit: Das geschäftsführende Mitglied des Reichskalirats, Geheimrat Brenzel, erläuterte eingehend die Vorschläge des Deutschen Kalisyndikats betreffend Verringerung der bisherigen Frachtparitäten und Einführung eines regionalen Frachtausgleichs für die Beförderung der deutschen Landwirtschaft mit Kalidüngesalzen. Alle im Reichskarat vertretenen Gruppen, Landwirtschaft, Kaliherzeuger, Arbeiter, Händler, Handel und weiterverarbeitende Industrie, stimmten diesem Vorschlag einmütig zu. Hiernach wird eine neue einheitliche Frachtparität Sonderhausen geschaffen. Das Kalisyndikat betreffend Verringerung der bisherigen Frachtparitäten und Einführung eines regionalen Frachtausgleichs für die zwischen 50 Kilometer Mindeststrecke und 270 Kilometer Höchststrecke werden um 10 Prozent ihrer bisherigen Höhe gesenkt. Darüber hinaus tritt eine Ermäßigung je nach der Entfernung bis zu 37 Prozent ein. Dieser Frachtausgleich bedeutet eine starke Entlastung für die weiterentfernten Bezirke, insbesondere in den Randesteilen Ostpreußen, Grenzmark, Schlesien, Pommern, Schleswig-Holstein, gewissen Teilen der Rheinprovinz und Süddeutschland. Die Neuregelung soll am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten; jedoch hat sich das Kalisyndikat bereit erklärt, die Vergünstigungen aus dieser neuen Frachtsenkung den landwirtschaftlichen Abnehmern schon jetzt zugute kommen zu lassen.

Glanz in der Wüste

Von Walter Anatole Perlich

Man mußte Wochen fahren bis Kapstadt. Und in diesen Wochen, als Fritz Korf und Wilhelm Brög wie Vieh in ein Frachtschiff gepferkt um Kap Horn herumschwammen, kam der furchtbare Ausschlag. Fieber und Gemalhit waren ausgebrochen, die Masse drängte sich in die Schiffe und erzwang sich die Ueberfahrt in den weißen Kontinent — bis Telegramme einiger Regierungen die Schiffsgesellschaften sicherstellten. Trotzdem — es kamen nicht mehr genug Schiffe, um alle zu bergen, und die Passagiere einkaufender Dampfer oder Segler wollten gutwillig nicht mehr das furchtbare Land betreten. Ein Bett für eine Nacht wurde mit einem Diamanten bezahlt, Lebensmittel ließen sich nur mit Gold aufwiegen und waren dennoch nicht aufzutreiben.

Das Schiff ankerte kaum, da schossen ihm Scharen von Schuppen entgegen. Fritz Korf und Wilhelm Brög wurden von der Masse der Herausströmenden fast über die Reling gequetscht, dann sahen sie bei einem Holländer im Boot und fuhren mit schweren Schlägen dem Tafelberg entgegen. Der Holländer erklärte ihnen:

„Es hat einer etwas gefunden,“ meinte er gutmütig. „Das war nicht weit von meinem Besitz. Die Kerle haben den Hof arg zugerichtet, aber er steht noch. Wenn ihr von dort aus die Sache wagen wollt — gut, gegen Beteiligung im Glücksfall. Findet ihr nichts, so habe ich weniger verloren als ihr.“

Von der Farm eine Tagereise entfernt lag das Feld. Alle drei Tage mußte einer den Weg zur Ansiedlung machen. Wasser gab es nur in einem tümpelähnlichen Geriesel. Konserven verdarben in den Büchsen, selbst gekochtes Fleisch stank nach vierundzwanzig Stunden.

Zwei schiefe Wellblechhütten zeigten das einstige Hauptquartier der Diamantensucher. Einmal passierte es Fritz, daß der Sandspaten gegen etwas Hartes stieß und ein menschlicher Armknochen ins schräge Sieb kullerte.

Sie sprachen nichts. Sie hockten auf dem glühenden Staub, der hier den Boden bildete, und starrten die Sache an. Als sie sich auf dem Boden des Blechhauses zum Schloßen legten, reichte Wilhelm dem Kameraden die Hand: „Gute Nacht, Fritz, wir wollen die Freundschaft nie vergessen.“ — Der andere nickte im Dunkeln.

Wochen — Einmal kam der Farmer mit Fritz zurück. Wilhelm, der sich, statt zu arbeiten, unter das Wellblechdach verkrochen hatte, mußte erst angerufen werden, ehe er die Freunde bemerkte.

Der Farmer setzte sich zu dem Mann und gab ihm eine Pfeife Tabak: „Habt ihr immer noch Mut?“

Der Diamantensucher schweig.

„Seid vernünftig! Ihr könnt hier nicht ein Jahr scharren.“

„Einer hat was gefunden. Der ist sein ganzes Leben glücklich.“

„Glücklich? Ruiniert ist der! Die er herüberholte, denen er Reichtum versprach und Fieber gab, mögen ihn! Als man sich erzählte, die zwanzig weiteren Funde wären Schwindel, durch Vorarbeiter nachts in den Sand geschüttet, da konnte er nicht einmal ein Schiff stellen. Hier starben die Leute im Dunst wie Fliegen, er lebte wie ein Fürst in vornehmen Hotels Europas. Jetzt macht man ihm in fünf Ländern den Prozeß.“

„Er hat gefunden. Finde ich, ist auch er wieder ein reicher Mann.“

„Nun, ihr müßt es ja wissen — Fritz gibt aber mir recht.“

Fritz hörte draußen die letzten Worte und kam herein:

„Solange du bleibst, bleibe ich. Es ist allerdings vernünftiger!“

„Ich bleibe.“

Der Farmer trieb sein Pferd an, vom Hügel herüber schiedte er der Wellblechhütte mit den beiden Menschenschatten einen seltsamen Blick. Dann raste er zurück.

Das Dunkel hockte wie eine böse Kage an den Wänden. Da kam ein leiser Laut von Wilhelms Platz, Fritz horchte.

„Laviend Steine sind im Sieb. Ich kann die Welt kaufen — alle Menschen sollen vor mir kriechen. Der Kopf brennt, die Sonne brennt mich aus. Wasser! Wasser!“

In wenigen Sekunden wurde Fritz Korf vollkommen wach, der Nichtklang seiner Taschenlampe rief das wirre Gesicht des Kameraden aus der Nacht. Schweif stand jenem auf der Stirn.

„Wilhelm, du bist krank. Wir haben dich gebeten, umzukehren, jetzt ist das Fieber da. Wenn du es ein paar Tage weiteressen läßt, kommst du hier niemals weg.“

Der andere starrte ihn an. Schwer mußte er sich zum Bewußtsein zurücktaufen — dann lachte er geduldslos:

„Du bist ein Feigling. Sieh dir das Feld an! Hier liegt Reichtum — du kannst zurückgehen, wenn du nicht einmal ein paar Wochen Geduld hat.“ Sie blieben.

Wilhelm schleifte sich verblissen täglich zum Sieb, das Schritt um Schritt vorrückte.

Deshalb schickte sich das nächstemal Fritz an, Lebensmittel von der Farm zu holen. Der Holländer sprach lange mit ihm und wollte ihn auf ein Schiff bringen, gab sein Ehrenwort, alle Sorgen für den Kameraden zu übernehmen. Umsonst — der Diamantensucher blieb selbst die Nacht nicht auf der Farm, trabte durch die Nacht zurück. Bis zum Hause schleifte sich das Pferd. Fritz rief die Tür auf: Leere.

Draußen, ganz weit, ein schräger Strich: das Sieb. Wie ein Rasender stolperte er vorwärts — er rief, er schrie. Nichts. Und jetzt konnte er erkennen. Der Freund kniete vor dem Sieb, wühlte mit den Händen im Staub, zwei, drei blühende Steine in der hohlen Hand: „Da — sieh es! Das Sieb glüht. Ich habe sie gefunden, ich kann die Welt kaufen. Ich habe eine Wüste voll Diamanten!“

Sein Kopf fiel schwer gegen das Holz, die Häuste schlugen hinein in das Netz, und die Sonne spielte mit dem Glühern und Glitzen der emporsteigenden Diamanten. Noch einmal rief Fritz Korf — der Fiebernde fiel ihn an, erkannte ihn offenbar nicht und schlug hemmungslos um sich: „Räuber, Betrüger — das ist mein, alles mein! Willst du auch noch mich beschützen?“

Ueber das Sieb hinweg fielen beide in das trodene Flußbett.

Fritz Korf handelte schnell. Er schleifte endlich den Kranken durch Sonne und Staub in die Hütte. Drei Stunden dauerte der Weg — dort erwartete er regungslos die Nacht. Als der erste Stern kam, baute er den Kameraden mit Zeltbahnen auf das erschlafte Pferd.

Auf der Farm des Holländers rief ihn selbst die Krankheit um. Wochen vergingen. Endlich fuhr man ihn in die Stadt. Er war zu schwach, um sich der Geschehnisse klar zu erinnern, die seiner Krankheit vorangegangen waren, die, ohne sein Wissen, den Farmer noch als Phantasten eines Fieberndes veranlaßt hatten, viele Stiege am Flußbett aufzustellen. Wenige Tage später lag er gut umgibt im Spital des großen Europadampfers, erst auf der Fahrt erfuhr er Näheres. Das Grab Wilhelm Brögs, der Entdecker des zweiten und eigentlichen vom Holländer ausgebeuteten Diamantensiebes geworden war, hat er nie gesehen. Er wußte nichts Rechtes über seinen eigenen Anteil — und wenn er es gewußt hätte: In die Hölle geht man als lebender Mensch nur einmal.

Wieder hegte das Diamantensieber rund um die Welt. Tausende verfielen ihm, und selbst die gut bezahlten Doktorbesitzer Londons, unter denen um jene Zeit Fritz Korf wieder zu finden war, fuhren in überbesetzten Schiffen der märchenhaften Glücksfälle gührender Siebe am Tafelberg entgegen.

Fritz Korf blieb auf den Docks und wurde noch schmeigamer.

Jugendlichen Organismus hemmt, ist vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit durchaus verständlich. Es kann nicht im Interesse der Art liegen, wenn jugendliche Individuen, welche die höchste Stufe der körperlichen (und auch der geistigen) Entwicklung noch nicht erreicht haben, bereits zur Fortpflanzung schreiten; nur zu wahrscheinlich wäre in einem solchen Fall die Erzeugung schwächlicher und wenig lebensfähiger Nachkommen.

Ob sich die Bedeutung der Zirbeldrüse mit diesem Einfluß auf eine geregelte, nicht überstürzte Entwicklung des jugendlichen Organismus erschöpft, wissen wir vorberhand nicht. Manches scheint dafür zu sprechen, daß sie (wenigstens beim Menschen) im gereiften Organismus einer allmählichen Rückbildung verfällt. Da sie aber auch im hohen Alter noch genügend lebens- und funktionsfähige Zellen enthält, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß sie auch im reifen Organismus wenn auch andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Eines ist jedenfalls schon jetzt klar: Dieses kleine und unscheinbare Organ ist auch bei den höchsten Wirbeltieren und auch beim Menschen nicht, wie man früher anzunehmen geneigt war, ein funktionsloses und damit bedeutungsloses Gebilde, sondern gehört als notwendiges Glied in jene Kette von Bedingungen, deren verwickeltes Zusammenwirken die normale Entwicklung des Individuums gewährleistet. Dr. H. E. Voss-Mannheim.

Das geheimnisvolle Weltall

Eine neue Theorie vom Ursprung des Universums, die die neuesten Entdeckungen der Wissenschaft mit dem Gedanken eines außerhalb des Kosmos befindlichen Schöpfers und den harmonischen Anschauungen des Allertums zu vereinigen sucht, ist von dem hervorragenden Cambridgeer Astronomen Sir James Jeans in einer Vorlesung aufgestellt worden, die von ihm unter dem Titel „Das geheimnisvolle Weltall“ veröffentlicht wird. Jeans sieht das ganze Universum als eine Welt des Lichtes, die nach geometrischen Gesetzen eingerichtet ist.

Besonders interessant ist es, wie sich Jeans die Entstehung unseres Sonnensystems vorstellt. Er geht aus von der Kleinheit unserer Erde im Weltraum. Es gebe nur wenige Sterne, die nicht viel größer seien als unser Planet, aber die überwiegende Mehrzahl ist so groß, daß Hunderttausende von Erden in jeden dieser Himmelskörper gepackt werden können, ohne daß der Raum vollständig ausgefüllt wird. Hin und wieder stößt man sogar auf einen Riesenstern, in dem Billionen von Erden Platz haben. Die Gesamtzahl der Sterne im Universum läßt sich ungefähr mit der Gesamtzahl der Sandkörner vergleichen, die sich an allen Küsten unseres Erdballs befinden. Diese ungeheure Menge von Sternen wandert nun durch ein Weltall von so ungeheuren Ausmaßen, daß es ein Ereignis von fast unvorstellbarer Seltenheit ist, wenn ein Stern irgendwo nahe an einen anderen gerät. Die meisten dieser Himmelskörper reisen in „glänzender Abgeschlossenheit“ wie Schiffe auf einem leeren Ozean. In einem Modell, in dem die Sterne die Größe der durchschnittlichen Schiffe besäßen, würden sie Hunderttausende von Kilometern vom nächsten Nachbar entfernt bleiben. Die Entstehung eines Sonnensystems, wie es das unsere ist, bedeutet daher eine seltene Erscheinung; sie hat zur Schöpfung des Systems, dem die Erde angehört, vor etwa zwei Milliarden Jahren geführt.

Diese Entstehung stellt sich der Gelehrte folgendermaßen vor: Ein anderer Stern, der blindlings durch den Weltraum wanderte, kam zufällig in die Nähe der Sonne. Gerade so wie Sonne und Mond auf der Erde Gezeiten hervorrufen, so rief dieser zweite Stern auf der Sonnenoberfläche durch seine Anziehungskraft eine Frühbewegung hervor, die aber nichts zu tun hat mit den wirksamen Veränderungen, die die kleine Masse des Mondes an unseren Meeren hervorruft, sondern eine ungeheure Flutwelle war, die über die Oberfläche der Sonne hinging und schließlich ein Gebirge von außerordentlicher Höhe hervorrief. Bevor nun der andere Stern seine Bahn veränderte und sich wieder zurückzog, erreichte die Zugkraft eine solche Gewalt, daß das ungeheure Gebirge in Stücke zerbrach und kleine Teile seiner Masse fortgeschleudert, sowie von einem Wellenberg Tropfen absprangen. Diese kleinen Trümmer kreisen seitdem rund um die Mutter Sonne; es sind die Planeten, die großen und die kleinen, zu denen unsere Erde gehört. Allmählich kühlten sich diese glühenden Trümmer ab, bis sie jetzt nur noch wenig innere Hitze besitzen, sondern ihre Wärme fast völlig von der Strahlung erhalten, die die Sonne ihnen zuteil werden läßt.

Die Seltenheit der Planetensysteme im Weltall hat eine besondere Bedeutung. Leben kann nur innerhalb einer engen Zone vorhanden sein, die jeden Stern in einem ganz bestimmten Abstand umgibt. Außerhalb dieser Lebenszone muß alles erstarren, innerhalb muß es zusammenstürzen. Diese Zonen, in denen Leben möglich ist, machen nach einer ungefähren Schätzung zusammen weniger aus als einen taufendbillionstel Teil des ganzen Kosmos. Und selbst innerhalb dieser Zonen muß das Leben als sehr seltene Erscheinung betrachtet werden, denn es ist ein großer Zufall, wenn Sonnen Planeten abstoßen, wie das bei unserer Sonne der Fall war. Hat doch wahrscheinlich nur ein Stern unter 100 000 einen Planeten, der sich um ihn in jener schmalen Zone dreht, in der Leben möglich ist. Aus diesem Grunde erscheint es Jeans unglücklich, daß das Universum ursprünglich dazu geschaffen wurde, um Leben in unserer Form hervorzubringen. Wäre dies die Absicht gewesen, dann müßte man ein besseres Verhältnis zwischen der Größe des Mechanismus und der des Ergebnisses erwarten. Jedenfalls erscheint Leben zunächst als ein äußerst unwichtiges Nebenprodukt; wir bedauern wegen sowas außerhalb der Norm, sind ein Ausnahmefall, und das müssen wir uns immer klar machen, so sehr es auch unserm stolzen Selbstgefühl widerspricht.

Eine neue Quelle für Helium. Das Heliummonopol der Vereinigten Staaten sollte schwer auf den anderen Ländern, die kein solches nicht brennbares Gas für ihre Luftschiffe zur Verfügung haben. Nach der Katastrophe der „A. 101“ hat ja Dr. Eckener betont, wie wichtig das Helium für die Sicherheit des Luftschiffverkehrs sei. Nun bietet sich aber nach Untersuchungen des Chemikers F. Taylor, über die in der „Umschau“ berichtet wird, ein neues Verfahren zur Heliumgewinnung dar. Diese Quelle ist der Monazitand, der bisher hauptsächlich zur Gewinnung von Thorium benutzt wurde. Dieser Sand kommt im Britischen Reich in großen Mengen vor, besonders auf Ceylon und in Indien. Monazitand liefert auf je 1 Gramm Sand 1 cm³ Helium. Danach hätten also zur Füllung des verunglückten englischen Luftschiffes 150 000 Tonnen Monazitand verarbeitet werden müssen. Das Gas entwickelt schon beim Erhitzen des Sandes. Bisher sind bei der Thoriumgewinnung erhebliche Mengen Helium entwichen, die man nun verwerten wird.

Kunstseide billiger als Baumwolle. Nach den Mitteilungen des amerikanischen Gelehrten Prof. Wallin, die in der „Umschau“ wiedergegeben werden, wird binnen kurzem die Kunstseide imstande sein, ebenso die Baumwollwaren zu unterbieten, wie sie schon jetzt die Seide unterbietet. Man kann das Histofogarn zu einem geringeren Preise herstellen, als der für milderer und feinerer Baumwollgarn beträgt. Nicht nur an Billigkeit, sondern auch an Feinheit übertrifft die Kunstseide alle anderen Gespinste. Man kann jetzt schon Fäden gewinnen, die 2½mal dünner sind als natürliche Seidenfäden; und sieben Kilometer eines solchen Fadens wiegen nur ein Pfund.

Geheimnis der Zirbeldrüse

Neue Forschungsergebnisse

Ueber die meisten Organe unseres Körpers sind wir durch die gegenständig sich ergänzenden Untersuchungen der Medizin und der anderen Naturwissenschaften bis zu einem gewissen Grade orientiert. Wir kennen ihren grob-anatomischen und den feineren, geweblichen Aufbau, wir wissen bald mehr, bald weniger von ihrer Funktion und ihrer Bedeutung für den reibungslosen Ablauf der Lebensvorgänge im menschlichen Organismus.

Es dürfte nicht jedem bekannt sein, daß es auf diesem viel durchforschten Gebiete aber auch heute noch Stellen gibt, die jenen „weißen Flecken“ auf den alten Karten von Zentralafrika insofern ähneln, als wir über sie nur ungewisse Vermutungen zu äußern imstande sind.

Eine solche „Terra incognita“ stellt bis vor kurzem auch die Zirbeldrüse dar, ein kleines Organ, etwa 1/2 Zentimeter lang, 1/3 Zentimeter breit und 1/4 Zentimeter dick, von mehr rundlicher oder mehr eiförmiger Gestalt, das, zwischen den beiden Großhirnhälften versetzt, in der Tiefe dem Dach des Mittelhirns aufliegt. Zwar hatten schon frühere Untersuchungen manches über den feineren Bau der Zirbeldrüse oder der „Epiphyse“, wie sie mit ihrem lateinischen Namen heißt, kennengelernt; wir haben verschiedene Zellarten in ihr unterscheidet gelernt, die auf die Möglichkeit verschiedener Funktionen hinzudeuten schienen. Aber was für Funktionen das sein könnten, dafür fehlte jeder Anhaltspunkt und man kam über vage Hypothesen nicht hinaus.

Und dabei hatte die Zirbeldrüse schon längst das Interesse der Forscher erregt, sowohl ihrer seltsamen Gestalt wegen, die an eine Zirbeinuh gemahnt, als auch ihrer Lage wegen, die — mitten im Gehirn und doch deutlich von ihm unterschieden — entschieden als auffallend bezeichnet zu werden verdient. Es ist daher verständlich, daß ihr in früheren Zeiten entsprechend wunderbare Funktionen zugeschrieben wurden: Im 17. Jahrhundert betrachtete sie kein geringerer als Descartes zwar nicht als den „Sitz der Seele“, wie vielfach behauptet wird, wohl aber als ein wichtiges Glied in der Seelenstätigkeit, als eine Vermittlungsstelle zwischen den von außen aufgenommenen Sinnesindrücken und dem Gehirn.

Auch die vergleichende Anatomie, ein Forschungszweig, der die Bedeutung manches rätselhaften Organes hätte klären helfen, versagte hier. Zwar gelang es, die Zirbeldrüse ihrer Lage und Entwicklung nach mit gewissen Organen bei niederen Wirbeltieren in Verbindung zu bringen, aber über ihre Funktion beim Säugtier und beim Menschen konnten auch diese Untersuchungen nichts auslagern. So schien es fast, als müßte man sich mit der reichlich nepotistischen Formel begnügen, daß die Zirbeldrüse ein rudimentäres, in Rückbildung begriffenes, und beim Säugtier und beim Menschen funktionsloses Organ sei.

Ein Umstand, der bei der Erforschung der Zirbeldrüsenfunktion

besonders erschwerend ins Gewicht fiel, ist die Lage der Drüse in der Tiefe des Gehirns, in nächster Nachbarschaft lebenswichtiger Gebiete und großer Blutgefäße. Dadurch wurde es fast unmöglich gemacht, durch irgendwelche Eingriffe experimenteller Natur an sie heranzukommen, z. B. sie beim Versuchstier operativ zu entfernen und die Folgen ihres Ausfalls zu studieren, denn jeder solcher Eingriff hätte unweigerlich den Tod des Versuchstieres zur Folge.

Erst dank der verbesserten operativen Technik der Neuzeit wurde es möglich, diese Schwierigkeit zu überwinden. Nachdem schon vor längerer Zeit dem italienischen Forscher Foà einzelne solche Versuche an Hühnern gelungen waren, konnten in den letzten Jahren mehrere japanische Forscher (die sich häufig durch eine besonders hohe Experimentierkunst auszeichnen) in großen Versuchsergebnissen die Befunde von Foà an Hühnern und Säugtieren nachkontrollieren und erweitern und damit eine gesicherte experimentelle Grundlage für unsere Erkenntnis der Zirbeldrüsenfunktion schaffen.

Es ergab sich die bemerkenswerte Tatsache, daß die Zirbeldrüse durch in ihr erzeugte und in die Blutbahn abgegebene Stoffe einen deutlichen, hemmenden Einfluß auf die Reifung des tierischen Organismus ausübt. Entfernt man bei einem jugendlichen Tier die Drüse und schaltet dadurch ihren hemmenden Einfluß aus, so kommt es zu einer überstürzten Entwicklung und einem raschen Wachstum des ganzen Organismus, vor allem aber seiner Geschlechtsdrüsen und des ganzen Geschlechtsapparates. Das Wachstum und die geschlechtliche Reifung, die sonst eine bestimmte, je nach der Tierart oft recht lange Frist beanspruchen, laufen dann mit einer häufig um das Doppelte erhöhten Geschwindigkeit ab. Während die nicht operierten Tiere noch lange im infantilen, unreifen Zustande verharren, erreichen die Tiere, denen die Epiphyse entfernt wurde, in erstaunlich kurzer Zeit das Endstadium der individuellen Entwicklung, sie sind „ermachsen“.

Diese Ergebnisse des Tierversuches warren nun ein helles Bild auf gewisse Abnormitäten, die am Menschen beobachtet werden. Auch beim Menschen kommt es in seltenen Fällen zu einer vorzeitigen sexuellen Reife des im übrigen noch kindlichen Organismus, und den beobachtenden Ärzten war es schon früher aufgefallen, daß in einem Teil dieser Fälle die vorzeitige geschlechtliche Entwicklung mit gefährlichen Vorgängen, Geschwulstbildungen im Bereich der Zirbeldrüse einherging. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Zirbeldrüse durch einen krankhaften Prozeß und der vorzeitigen geschlechtlichen Entwicklung beim Menschen war denn auch schon vermutet worden. Aber erst durch die oben beschriebenen Ergebnisse des Tierversuchs erhielt diese Vermutung einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit.

Das Vorhandensein eines Faktors, der die sexuelle Reifung des